

Teil D: Das ökologische politische Denken – eine heterogene Denklandschaft

In den vorangegangenen beiden Teilen des Buches wurde das ökologische politische Denken zu zwei ausgewählten Zeitphasen untersucht. Für beide Zeitphasen wurde deutlich, dass es sich um eine sehr heterogene Denklandschaft handelt. Dabei zeigt sich, dass sich das Spektrum der Positionen jeweils an den gleichen übergeordneten Trennlinien ausdifferenziert. Diese Kontroversen können aufgrund ihrer übergeordneten Bedeutung und ihrer zeitlichen Permanenz als „Grundfragen des ökologischen politischen Denkens“ bezeichnet werden. Diese Grundfragen sowie die konkurrierenden Antworten werden in Kapitel 16 kondensiert dargestellt. Dabei wird auch aufgezeigt, aufgrund welcher divergenten Hintergrundannahmen so unterschiedliche Antworten auf diese Fragen gegeben werden. Dies leitet über zu Kapitel 17, das zum einen die wichtigsten Erkenntnisse für die Erklärung der Heterogenität des ökologischen politischen Denkens zusammenfasst und zum anderen einen spezifischen Aspekt vertieft: die Rolle der ideologischen Hintergründe der Denker und Denkerinnen für die Ausdifferenzierung der Denklandschaft.

16 Die Grundfragen des ökologischen politischen Denkens

In Anbetracht der Untersuchungen zu den beiden betrachteten Hochphasen lassen sich folgende „Grundfragen des ökologischen politischen Denkens“ festhalten:

- Die Wachstumsfrage
- Die Frage nach den Ursachen der ökologischen Krise
- Die Frage nach einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise
- Die Frage nach einer zukunftsfähigen politischen Ordnung
- Die Frage nach einem langfristig haltbaren Kulturmodell
- Die Frage nach dem Prozess des Wandels

Im Folgenden werden zu den jeweiligen Grundfragen nicht mehr stets alle Denker bzw. Positionen verortet, da dies zu starken Redundanzen führen

würde. Vielmehr liegt der Fokus auf denjenigen Positionen, welche die Bandbreite der konkurrierenden Antworten verdeutlichen können.⁴⁷⁶

16.1 Die Wachstumsfrage

Die erste Kontroverse von fundamentaler Bedeutung für das ökologisch-politische Denken ist die Wachstumsfrage (vgl. entspr. Adler/Schachtscheider 2010, 277ff).⁴⁷⁷ Dies machen die Analysen zu beiden Zeitphasen deutlich. Ausgehend von der Einigkeit, dass die bisherige Form ökonomischen Wachstums an die Tragfähigkeitsgrenzen der Erde stößt, werden unterschiedliche Schlussfolgerungen für die Möglichkeiten zukünftigen wirtschaftlichen Wachstums gezogen (Ott 2011, 55f; Stein 2016, 218). Die Ausdifferenzierung in der Wachstumsfrage ist von enormer Bedeutung, weil die diesbezügliche Positionierung stark präformierend auf die Suche nach den Ursachen der ökologischen Krise sowie die vertretenen Alternativentwürfe wirkt. Dabei gelten insbesondere folgende Zusammenhänge:

1) Für wachstumsskeptische Positionen, die einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik oder zumindest Wachstumsunabhängigkeit für erforderlich halten, ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, alle auf Wachstum gerichteten oder davon abhängigen mentalen, kulturellen und strukturellen Gegebenheiten zu adressieren (ähnlich Petschow et al. 2018, 12, 44, 98f, 113, 159). Aus dieser Notwendigkeit folgen dann in struktureller Hinsicht, je nach Radikalität des Wachstumspessimismus, unterschiedlich tiefgreifende Forderungen von der reformerischen Einhegung spezifischer Wachstumstreiber und -abhängigkeiten bis zur Überwindung des Kapitalismus z.B. zugunsten planwirtschaftlicher Strukturen. In der mental-kulturellen Dimension reichen die Forderungen von der Überwindung der expansiven Konsumkultur bis zur anthropologischen Revolution beim späten Bahro. Die öko-autoritären Positionen wiederum folgen aus der Überzeugung, dass sich insbesondere die mental-kulturellen Wachstumstreiber nicht überwinden, sondern nur zwanghaft und damit autoritär beschränken lassen.

2) Aus einer optimistischen Positionierung in der Wachstumsfrage, die weiteres Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit für vereinbar hält, ergibt sich keine zwingende Notwendigkeit, Wachstumstreiber und -abhän-

476 Eine zusammenfassende Übersichtstabelle, welche die wichtigsten Kontroversen im ökologischen politischen Denken zusammenfasst und anhand konkurrierender Positionen veranschaulicht, befindet sich in Anhang II.

477 Für einen umfassenden historischen Überblick zur Wachstumskontroverse siehe Steuer 2002.

gigkeiten zu identifizieren und zu überwinden (vgl. entspr. Petschow et al. 2018, 113). Vor diesem Hintergrund können Autoren wie Fücks, Jänicke oder von Weizsäcker am kapitalistischen Wirtschaftssystem festhalten und mit ihren Reformvorschlägen auf die qualitative Veränderung der Wachstumsdynamik fokussieren. Zugleich lässt sich die ökologische Krise aus dieser Perspektive im Rahmen des bestehenden Kulturmodells adressieren. Aus der wachstumsoptimistischen Position ergeben sich also weder radikale strukturelle noch kulturelle Veränderungsnotwendigkeiten.

Damit lässt sich als genereller Zusammenhang für das ökologische politische Denken festhalten: Je pessimistischer die Positionierung in der Wachstumsfrage, desto radikaler die für erforderlich gehaltenen strukturellen und/oder mental-kulturellen Veränderungen. Das verdeutlicht, dass die Wachstumsfrage nicht nur explizite Kontroverse, sondern v.a. auch präformierende Prämisse für die Radikalität der Alternativentwürfe ist. Diese präformierende Wirkung bezüglich der Radikalität bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass auch der konkrete Gehalt der Alternativentwürfe unmittelbar von der Positionierung in der Wachstumsfrage abhängt. Deutlich wurde dies z.B. daran, dass sich eine wachstumspessimistische Grundhaltung in öko-sozialistische, öko-kommunalistische oder öko-autoritäre Positionen übersetzen kann.⁴⁷⁸

Will man die konkreten inhaltlichen Trennlinien in der Wachstumsfrage nachvollziehen, bietet sich die bereits eingeführte Differenzierung zwischen der Kann-Frage und der Soll-Frage an (vgl. Kap. 12.1.1).

Die Kann-Frage

Mit Blick auf die Machbarkeit grünen Wachstums lassen sich in Anbetracht der untersuchten Literatur vier maßgebliche Positionen identifizieren, die entsprechend auch von Schmelzer differenziert werden (2014, 16f): ökonomische Schrumpfung, Wachstumsstopp, Wachstumsunabhängigkeit und grünes Wachstum. Fasst man die Optionen Nullwachstum und Schrumpfung als wachstumspessimistische Positionen zusammen, bleiben die drei von Petschow et al. beschriebenen Grundpositionen Wachstumspessimismus/Degrowth, Agrowth/Postwachstum und Green Growth (2018, 15). Die

478 Im Zuge dessen weisen Schmelzer/Vetter richtigerweise darauf hin, dass wachstumspessimistische Positionen nicht an bestimmte ideologische Strömungen gebunden sind. Vielmehr lasse sich das Unbehagen an Steigerungszwängen mit vielen verschiedenen politischen Grundhaltungen verknüpfen, woraus sich im Resultat ein breites Spektrum wachstumskritischer Positionen ergebe (2019, 17f).

grundsätzlichen Annahmen dieser drei Positionen lassen sich wie folgt umreißen:

1) Die wachstumspessimistische Position eint die Ansicht, dass in den reichen Industrienationen eine Abkehr vom Wachstum zugunsten von Nullwachstum oder ökonomischer Schrumpfung erforderlich ist. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus den ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen. Es wird ein prinzipieller und damit unauflösbarer Zielkonflikt zwischen weiterem wirtschaftlichem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit konstatiert.⁴⁷⁹ Dabei kann zwischen einer regional fokussierten und einer international fokussierten Begründungslinie differenziert werden. Erstere findet sich v.a. bei Autoren der ersten Zeitphase. Demnach müssen Nationen/Regionen/Gemeinschaften im Angesicht der ökologischen Krise in erster Linie mit den national/regional verfügbaren Ressourcen wirtschaften, was eine deutliche ökonomische Schrumpfung impliziert. Vor allem bei den Autoren der zweiten Zeitphase dominiert hingegen die Argumentation, dass sich die reichen Industrienationen auf einen global fairen Anteil an Ressourcenverbrauch und Emissionen beschränken müssen und dies nur durch einen Wachstumsstopp oder ökonomische Schrumpfung zu erreichen ist. Aus beiden Perspektiven wird die Möglichkeit, den Zielkonflikt zwischen Wachstum und Ökologie im Sinne eines qualitativen oder grünen Wachstums aufzulösen, für illusionär gehalten. Vielmehr werden Effizienzsteigerungs- und Substitutionspotenziale skeptisch beurteilt, was wiederum auf eine technikkritische Haltung zurückzuführen ist. In der zweiten Zeitphase spielt dabei das Argument der sogenannten Rebound-Effekte eine zentrale Rolle.

2) Gemäß der Position des „Agrowth“, wie sie sich v.a. im Denken von Eppler und den moderaten Wachstumsskeptikern der zweiten Phase wiederfindet, lässt sich nicht abschließend bestimmen, ob es einen prinzipiellen Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit gibt. Es ist aber im Bereich des Möglichen, dass die konsequente Berücksichtigung der ökologischen Belastungsgrenzen ein stagnierendes oder sinkendes BIP zeitigt, zumindest aber keine hohen Wachstumsraten

479 Die Differenzierung der Positionen in der Wachstumsfrage anhand der verschiedenen Perspektiven auf einen potenziellen „Zielkonflikt“ zwischen Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit wurde von Steurer übernommen (2002, 100-104). Die Beschreibung der zentralen Charakteristika der drei Positionen deckt sich weitgehend mit entsprechenden Ausführungen in anderen Arbeiten: Steurer 2002, 100-113, 163-172, 186-210, 244-260, 327ff; Adler/Schachtschneider 2010, 277ff; Petschow et al. 2018, 23-48.

mehr zulässt. Es gibt also einen potenziellen Zielkonflikt zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit. Daraus folgt der Imperativ der Wachstumsunabhängigkeit, wonach Gesellschaften und ihre Institutionen so zu gestalten sind, dass sie nicht mehr auf fortwährendes Wachstum angewiesen sind.

3) In der Perspektive des grünen Wachstums gibt es keinen prinzipiellen Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit. Vielmehr kann eine Zielharmonie im Sinne einer absoluten Entkopplung zwischen Wachstum und Umweltverbrauch durch einen ökologischen Umbau der Produktionsprozesse erreicht werden. Zentral ist dabei das Motiv des „Wachstums der Grenzen“, wonach die ökologischen Wachstumsgrenzen durch Innovationen stetig erweiterbar sind. Das Argument der Rebound-Effekte wird zwar akzeptiert. Es wird aber davon ausgegangen, dass sich aufgrund des enormen (v.a. technischen) Innovationspotenzials dennoch eine substanzielle absolute Entkopplung erreichen lässt. Demgegenüber wird das Lösungspotenzial von Degrowth- oder Postwachstumsstrategien in Anbetracht einer geringen Verzichtsbereitschaft und nicht gegebener internationaler Anschlussfähigkeit für marginal erachtet. Zudem wird eine grüne technische Revolution als historische Wachstumschance beschrieben.

Sowohl die zeitliche Permanenz der Wachstumskontroverse⁴⁸⁰ als auch die Tatsache, dass Denker aus allen drei Lagern für ihre Position einen Wahrheitsanspruch reklamieren, bestätigen eine bereits in der Sekundärliteratur beschriebene Erkenntnis: Die Frage nach der Vereinbarkeit von Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit ist wissenschaftlich bzw. empirisch nicht zu entscheiden. Vielmehr basieren die konkurrierenden Positionen auf divergenten Hintergrundannahmen, die sich ex ante nicht als wahr oder falsch identifizieren lassen (Steurer 2002, 232f, 329, 355f; Petschow et al. 2018, 47).⁴⁸¹ Als ausschlaggebende Hintergrundannahme wurde in den vorstehenden Untersuchungen die unterschiedliche Einschätzung des technologischen Innovationspotenzials identifiziert (vgl. entspr. Steurer 2002, 194-197; van den Bergh/Mooij 1999, 650, 654; Eblinghaus/Stickler 1996, 30; Soetebeer 2015, 185). Wie Steurer richtigerweise feststellt, ist die Wachstumsfrage im Kern der Widerstreit zwischen fortschrittsoptimistischen Positionen, welche die Möglichkeiten menschlicher Kreativität und

480 Siehe vertiefend zu den frappierenden Kontinuitäten in der Wachstumskontroverse Steurer 2002 und 2010 sowie Chaloupek/Feigl 2012.

481 Erschwerend hinzu kommt, wie Neumayer darlegt, dass sich für die konkurrierenden Positionen partielle empirische Evidenzen finden lassen, die jeweils zur Unterfütterung der eigenen Position herangezogen werden (1999, 90f).

technischer Innovation betonen und fortschrittsskeptischen Positionen, die diesbezüglich pessimistischer sind (2002, 194ff). Die Wachstumsfrage stellt sich somit in letzter Instanz als „Glaubensfrage“ dar, die sich aufgrund der Nicht-Vorhersagbarkeit der technologischen (und sozialen) Innovationsentwicklung nicht final beantworten lässt (Steurer 2002, 232f, 355; Neumayer 1998, 161; Arrow et al. 1995, 520). Daraus ergibt sich als weitere Schlussfolgerung, dass divergierende Positionen in der Kann-Frage weniger auf politische Ideologien als vielmehr auf fortschrittsoptimistische und -pessimistische Grundhaltungen innerhalb verschiedener Ideologien zurückzuführen sind (Steurer 2002, 355f; Eblinghaus/Stickler 1996, 30). Beispielhaft verdeutlichen lässt sich dies im vorliegenden Zusammenhang daran, dass wachstumspessimistische Schlussfolgerungen von Denkern aus verschiedenen ideologischen Hintergründen, vom Marxisten Harich über den konservativen Gruhl bis zu sozialistisch orientierten Autoren wie z.B. Brand, Strasser oder Altwater gezogen werden.

Die Soll-Frage

Die Soll-Frage bezieht sich auf den Aspekt, ob weiteres Wachstum unabhängig von ökologischen Erwägungen überhaupt wünschenswert ist und damit als politisches Ziel anzustreben ist. In Anlehnung an Steurer und Ott wurde dabei bereits zwischen der funktionellen, strategischen und i.e.S. normativen Dimension dieser Frage unterschieden (Kap. 12.1.1). Auffallend ist, dass sich die Lagerbildung bezüglich der Machbarkeit ökologischen Wachstums mit Blick auf die Soll-Frage wiederholt. Diejenigen, die aus ökologischer Perspektive wachstumskritisch sind, sind zugleich auch Exponenten sozialer Wachstumskritik. Andersherum halten die wachstumsoptimistischen Positionen weiteres Wachstum auch unabhängig von ökologischen Erwägungen für erstrebenswert.

Die Position, wonach weiteres Wachstum nicht wünschenswert ist, wird v.a. in der i.e.S. normativen Dimension begründet. Dabei bleiben, wie Stein richtigerweise herausstellt, die zentralen Argumente der sozialen Wachstumskritik in der historischen Entwicklung des ökologischen politischen Denkens weitestgehend konstant (2016, 207f, 219). Übergeordnetes Argument ist zusammengefasst, dass sich der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und steigender Lebensqualität auflöst bzw. bereits ins Gegenteil verkehrt. Insbesondere wird die Wachstumsgesellschaft in verschiedener Gewichtung als unfrei, ungerecht und der Befriedigung authentischer menschlicher Bedürfnisse entgegenstehend beschrieben. Vor diesem Hintergrund werden funktionelle Gründe für weiteres Wachstum,

die bei den Wachstumsbefürwortern eine wichtige Rolle spielen (z.B. Stabilisierung des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme), als zu adressierende Wachstumsabhängigkeiten problematisiert. Andere vermeintliche funktionelle Gründe werden als nicht zutreffend zurückgewiesen (v.a. Wachstum als Voraussetzung für Investitionen in die ökologische Transformation oder für Verteilungsgerechtigkeit).

Somit wird deutlich, dass kritische Positionen in der Wachstumsfrage neben der skeptischen Einschätzung der Machbarkeit grünen Wachstums auch aus einer normativ aufgeladenen Kritik an der Gegenwartsgesellschaft folgen (Adler/Schachtschneider 2010, 329). Die Bedingungen für ein gutes, freies und gerechtes Leben sind demnach in einer vom Wachstumszwang befreiten Gesellschaft viel eher gegeben als in der Gegenwartsgesellschaft. Geteiltes Grundmotiv ist dabei, dass Lebensqualität und Freiheit oberhalb eines bestimmten materiellen Wohlstandsniveaus nicht mehr von weiterer materieller Steigerung, sondern in erster Linie von nicht-materiellen Gütern und der Emanzipation von der expansiven Konsumkultur abhängen (ähnlich Jesche 2014, 231f; Stein 2016, 219). Diese Perspektive wurzelt, wie vielfach gezeigt und auch andernorts beschrieben, in spezifischen Ideen von Freiheit und gutem Leben sowie darauf aufbauenden Gesellschaftsbildern (Steurer 2002, 232f; Jesche 2014, 232).

Diese Kritik impliziert zugleich, dass die Individuen in der gegenwärtigen Konsumkultur Werte und Bedürfnisse verfolgen, die dem guten Leben nicht zuträglich, wenn nicht gar abträglich sind. Sie streben nach der Befriedigung von Bedürfnissen, die nicht ihre authentischen Bedürfnisse sind. Der expansive Materialismus ist ein von außen erzeugtes, heteronomes Bestreben. Die soziale Wachstumskritik impliziert somit immer auch eine Kritik individueller Bedürfnisstrukturen (Jacob et al. 2015b, 33). Illustrativ zum Ausdruck kommt dies in der vielfach getroffenen Unterscheidung zwischen künstlichen und authentischen Bedürfnissen. Somit werden die individuellen Bedürfnisstrukturen und Ideen des guten Lebens nicht als gegeben angenommen, sondern vor dem Hintergrund von zu gewissem Grade objektivierten Verständnissen von menschlichen Bedürfnissen und gutem Leben infrage gestellt (Jesche 2014, 232).

Der wachstumskritischen Position entgegen beschreibt die Perspektive des grünen Wachstums funktionelle, strategische und i.e.S. normative Gründe für das Festhalten am Ziel wirtschaftlichen Wachstums. Die konkreten Argumente wurden für die Autoren des grünen Wachstums abschließend dargestellt (Kap. 12.1.1) und werden deshalb an dieser Stelle nicht wiederholt. Für Fücks konnte gezeigt werden, dass auch hinter der wachstums-

optimistischen Position bestimmte Ideen von Freiheit und gutem Leben stehen können. Vor dem Hintergrund seiner dezidiert liberalen Perspektive lehnt er die Problematisierung und damit Politisierung von Bedürfnisstrukturen und Wertüberzeugungen grundlegend ab. Vielmehr ist Wachstum Ausdruck einer besseren Befriedigung frei gewählter Lebensstil- und Konsumentscheidungen. Die Kontroverse, inwiefern die kapitalistische Konsum- und Wachstumsgesellschaft Ausdruck historisch einmaliger individueller Freiheit (Fücks) oder umfassender Unfreiheit (wachstumskritische Perspektive) ist, verweist letztlich auf die bis zu Aristoteles zurückreichende Streitfrage nach dem Wesen der Freiheit (vgl. dazu Münker/Straßenberger 2016, 232).

In der Gesamtschau folgt die Wachstumskontroverse somit aus der Überlagerung von Fortschrittsskepsis und -optimismus, normativ aufgeladenen Gesellschaftsbildern sowie dahinterstehenden Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und gutem Leben. Damit bestätigt die vorliegende Arbeit die zentrale Schlussfolgerung von Steurer zur Wachstumskontroverse: Diese hält sich bereits so lange und wird sich in Zukunft halten, weil die konkurrierenden Positionen auf subjektiven Werten und darauf aufbauenden Weltbildern beruhen und sich gleichzeitig die Frage der Machbarkeit grünen Wachstums empirisch nicht entscheiden lässt (2002, 329, 355f, 360f; 2010, 430ff).

16.2 Die Ursachen der ökologischen Krise

Auch die Frage nach den kausalen Ursachen der ökologischen Krise ist von fundamentaler Bedeutung für das ökologische politische Denken. Diese Bedeutung ist offensichtlich und kam bei allen untersuchten Positionen zum Tragen: Die Gegenentwürfe der Autoren setzen dort an, wo die Wurzeln der ökologischen Krise vermutet werden (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 14f). Damit lässt sich wie bereits für die Wachstumsfrage feststellen, dass die Frage der Krisenbegründung einerseits explizite Kontroverse, gleichzeitig aber auch entscheidende Prämisse für die konkurrierenden Positionen darstellt.⁴⁸² Abgesehen von der abstrakten Übereinstimmung, dass es sich um eine vom Menschen verursachte Krise handelt (Stein

482 Ein illustratives Beispiel, wie die kausale Krisenbegründung die Antwort auf die ökologische Krise prägt, ist Bahro. Für ihn wurde herausgearbeitet, wie die Veränderung in der Krisenbegründung zwischen den zwei untersuchten Werken seine vertretene Position maßgeblich beeinflusst hat (Kap. 8.7).

1998, 63), bestätigt sich die Erkenntnis, dass die Ursachen der ökologischen Krise im ökologischen politischen Denken sehr unterschiedlich verortet werden (Adler/Schachtschneider 2010 254; Eckersley 1992, 7-20; Stein 1998, 64; Hinterberger et al. 1996, 42-62). Aus den untersuchten Texten lässt sich die in Tabelle 3 dargestellte Unterscheidung in vier verschiedene Ursachendimensionen extrahieren. Die Differenzen zwischen den konkurrierenden Grundpositionen im ökologischen politischen Denken beziehen sich zum einen auf die Gewichtung der einzelnen Ursachendimensionen sowie zum anderen auf die Frage, welche konkreten Ursachen in den unterschiedlichen Dimensionen problematisiert werden müssen.

Tab. 3: Die adressierten Ursachendimensionen im ökologischen politischen Denken⁴⁸³

Ursachendimension		Beispiele aus den untersuchten Texten
Strukturell-institutionelle Ursachen		falsche Rahmung der Marktwirtschaft, Kapitalismus, Demokratie, wachstumsabhängiger Staat
Geistige Ursachen	Kulturelle Ursachen	Expansive Konsumkultur, instrumentelles Naturverhältnis, Menschenbild des homo oeconomicus
	Anthropologische Ursachen	Mensch als expansives, eigennutzorientiertes oder kurzfristorientiertes Wesen, Mensch als Verdrängungskünstler
Technologie- und ressourcenbezogene Ursachen		nicht-erneuerbare Ressourcenbasis, ökologisch ineffiziente Technologien
Sozio-ökonomische Ursachen		Bevölkerungswachstum, soziale Ungleichheit

Als wichtige Demarkationslinie bezüglich der Krisenbegründung wurde oben die Differenz zwischen wachstumsskeptischen und wachstumsoptimistischen Positionen aufgezeigt. Erstere müssen sich zwingend auf die Suche nach den Wurzeln der Wachstumsdynamik machen, wobei Wachs-

⁴⁸³ In dieser Differenzierung zeigen sich teilweise Überschneidungen zu Systematisierungsversuchen in der Sekundärliteratur. Arponen unterscheidet zwischen ideologischen und strukturellen Ursachen, wobei sich die ideologische Dimension bei ihm v.a. auf die hier als kulturelle Dimension bezeichnete Ebene bezieht (2014, 131f, 137). Ott differenziert zwischen ökonomischen, politischen, geistigen und technologischen Ursachen sowie übergeordnet zwischen geistigen und strukturellen Ursachen (2014, 29).

tumstreiber auf verschiedenen Ebenen problematisiert werden (vgl. entspr. Petschow et al. 2018, 50, 98f). Eine wichtige Gemeinsamkeit ist, dass diese Treiber sowohl in der strukturellen Dimension als auch in der Konstitution der Individuen, sei es aus kulturellen oder anthropologischen Gründen, verortet werden. Daraus folgt die Notwendigkeit, dass sich neben tiefgreifenden strukturellen Veränderungen auch die Subjektivitäten und damit die Kultur verändern müssen. Die maßgebliche Differenz zwischen reformorientierter Wachstumskritik und fundamentaler Systemkritik bezieht sich auf die Frage, inwiefern der Kapitalismus an sich als letztlich entscheidender Wachstumstreiber problematisiert wird. Die wachstumsoptimistischen Positionen können hingegen auf die Ursachen für die ökologisch unzureichende Qualität des Wachstums fokussieren, die sie maßgeblich auf eine mangelhafte ökologische Rahmung der Märkte zurückführen.⁴⁸⁴

Über die konkurrierenden Krisenbegründungen hinweg lassen sich zwei übergeordnete Unterscheidungslinien identifizieren. Die erste bezieht sich auf den Tiefgang der adressierten Ursachen, was sich sowohl in der strukturellen als auch in der geistigen Dimension nachvollziehen lässt. In strukturell-institutioneller Hinsicht kann diese Linie zwischen den Pol-Positionen der Modernisierungsdefizite bei den Exponenten des grünen Wachstums und der fundamentalen Systemkritik, die Kapitalismus und das gegebene politische System grundlegend infrage stellen, gezogen werden. In der geistigen Dimension verbindet die Trennlinie der Tiefenstaffelung die Pol-Position einer weitgehenden Abstinenz in der Problematisierung geistiger Ursachen bei den Autoren des grünen Wachstums über die Problematisierung verschieden tiefreichender kultureller Ursachen (z.B. Öko-Sozialisten: kapitalistische Subjektivität, Gruhl: Fortschrittsideologie der Moderne, Amery: ideelles Erbe des Christentums) bis hin zur Interpretation der ökologischen Krise als anthropologische Krise beim späten Bahro. Gemeinsam ist dabei allen Perspektiven, die eine Problematisierung der Subjektivitäten vornehmen, dass sie die innere Konstitution der Menschen politisieren. Eben darauf bezieht sich Fücks' Kritik der aus seiner Sicht illiberalen Wachstumskritik (Kap. 12.1.1, 12.4).

Die zweite Unterscheidungslinie betrifft die Frage nach den tiefsten Ursachen der ökologischen Krise und verweist auf das Verhältnis zwischen

484 In Anbetracht der in dieser Untersuchung herausgearbeiteten diversen Landschaft an Begründungen für die ökologische Krise sind die bei Eckersley (1992, 8-20) und Steurer (2002, 89f) vorfindlichen Differenzierungen konkurrierender Krisenbegründungen unterkomplex.

strukturellen und geistigen Ursachen. Offensichtlich ist die Zuordnung der Autoren des grünen Wachstums, die mental-kulturelle Krisenursachen, wenn überhaupt, am Rande thematisieren. Für sie sind strukturelle Ursachen ausschlaggebend. Im breiten Spektrum wachstumsskeptischer Positionen werden hingegen immer auch geistige Ursachen prominent adressiert. Dabei lassen sich bezüglich der Frage der tiefsten Ursachen zwei Grundpositionen unterscheiden. In der ersten Perspektive hat die ökologische Krise strukturelle Letztursachen. Diese Position findet sich v.a. in den primär kapitalismuskritisch ausgerichteten Beiträgen (v.a. früher Bahro, Fromm, Harich sowie das breite Spektrum antikapitalistischer Denker der zweiten Zeitphase). Aus ihrer Sicht bringt der Kapitalismus die kulturellen Wurzeln der ökologischen Krise hervor, in dem sich die ihn tragenden Werte (z.B. Materialismus, Expansion, Konkurrenzdenken, Eigennutzorientierung) in die Kultur und damit die Werte- und Bedürfnisstrukturen der Individuen einschreiben. Auch die reformorientierten Wachstumskritiker der zweiten Zeitphase sind dieser Perspektive zuzuordnen: Bei ihnen ist die problematisierte expansive Konsumkultur ebenfalls Sekundärphänomen gegenüber dem strukturell wachstumsfokussierten Wirtschaftssystem. Demgegenüber stehen Autoren wie Amery, Gruhl, Paech und der späte Bahro, für die strukturelle Ursachen wie das expansive Wirtschaftssystem primär Ausdruck tiefer liegender kultureller bzw. im Falle des späten Bahros, anthropologischer Ursachen sind. In dieser Perspektive sind die strukturellen Krisenursachen Sekundärphänomen, die ökologische Krise ist in letzter Instanz eine geistig-mentale Krise.

Diese Differenz kann auch als Ausdruck idealistischer und materialistischer Grundpositionen verstanden werden (Dryzek 1997, 164). Die idealistische Grundposition findet sich am deutlichsten beim späten Bahro, der explizit davon ausgeht, dass Institutionen und äußere Strukturen letztlich nicht mehr als der Ausdruck der inneren Beschaffenheit des Menschen sind. Aber auch auf die Analysen von Gruhl und Amery trifft dies zu. In der materialistischen Grundposition hingegen sind die geistigen Ursachen Folge der kulturellen Prägung in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen. Die materiellen Bedingungen prägen die geistigen Gegebenheiten.⁴⁸⁵

Blickt man auf das Verhältnis der ideologischen Hintergründe der Autoren und der jeweiligen Krisenerklärungen, lässt sich letztere teilweise,

485 Diese Trennlinie verweist letztlich auf die auch innerhalb der Sozialwissenschaften umstrittene Frage nach dem Wechselverhältnis zwischen Ideen, Weltanschauungen, sozialem Handeln, Strukturen und Institutionen.

aber nicht erschöpfend auf erstere zurückführen. So finden sich einige Denker, deren Krisenbegründung deutlich von ihrem ideologischen Hintergrund geprägt ist. Auffällig ist beispielsweise, dass viele Denker, die unabhängig von ökologischen Erwägungen einem marxistischen (Harich) bis sozialistischen (z.B. Strasser, früher Bahro, Dörre, Brand, Kern, Altvater) Hintergrund zuzuordnen sind, den Kapitalismus als zentrale Krisenursache ausmachen (vgl. entspr. Carter 2001, 66; Eckersley 1992, 121). Bei Gruhl wiederum lässt sich die Interpretation der ökologischen Krise als Ausdruck der kulturellen Hybris der Moderne als typisch konservativ kennzeichnen (Kap. 6.1).⁴⁸⁶ Aus liberaler Perspektive richtet Fücks den Fokus auf die technische Produktionsbasis und sieht von der Problematisierung der inneren Verfasstheit der Menschen ab. Diesen Beispielen gegenüber stehen Krisenbegründungen, die sich nicht auf ideologische Hintergründe zurückführen lassen. Dies gilt z.B. für Carl Amery oder Hans Jonas. Die ideologischen Hintergründe stellen somit *einen* Erklärungsansatz für die verschiedenen Fokussetzungen in der Krisenbegründung dar, sind dafür aber keineswegs hinreichend. Ein weiterer wichtiger Erklärungsansatz ist, wie gezeigt, die Positionierung in der Wachstumsfrage.

Abschließend kann bezüglich der Krisenbegründungen eine Erkenntnis von Adler/Schachtschneider spezifiziert werden. Sie bemerken, dass sich ausgehend von sehr ähnlichen Krisenbeschreibungen das Spektrum ökologischer Transformationsideen an der Frage auffächert, „was – in einem weiteren, nicht-linear kausal verstandenen Sinne – als Ursache dafür [für die ökologische Krise, AR] haftbar gemacht werden kann“ (2010, 254). Dies ist insofern zutreffend, als dass die unterschiedlichen Krisenbegründungen maßgeblich ausschlaggebend für die Ausdifferenzierung des ökologischen politischen Denkens sind. Zu kurz greifen würde die Aussage jedoch, wenn sie implizieren soll, dass sich der Dissens darauf bezieht, was die „wahre“ Ursache der ökologischen Krise ist. Vielmehr kommt in den meisten der untersuchten Beiträge ein Bewusstsein dafür zum Ausdruck, dass die ökologische Krise vielschichtige und verschieden gelagerte Ursachen hat (vgl. zu den multifaktoriellen Krisenursachen Hinterberger et al. 1996, 51; Ott 2014, 28f). Beispielsweise wird von keiner Seite bestritten, dass dem Kapitalismus ein Expansionsdrang innewohnt, dass der gegebene Umgang mit natürlichen Ressourcen in den Produktionsprozessen äußerst ineffizient ist, dass dies wiederum v.a. Folge einer unzureichenden ökologischen Mark-

486 Wichtiger zeitgenössischer Exponent einer entsprechenden konservativ konnotierten Kriseninterpretation ist Miegel (2010, 2014, 2020).

trahmung ist oder dass das moderne Individuum eine gewisse expansive Prägung im Sinne eines Drangs zur Selbstentfaltung aufweist. Kontrovers ist hingegen, welche dieser Ursachen mit Blick auf die ökologischen Erfordernisse zwingend adressiert werden müssen, welche adressiert werden können und welche legitimerweise adressiert werden dürfen. Es geht somit nicht primär darum, ob eine Ursachenanalyse sachlich richtig oder falsch ist, sondern um die Frage:

- wie tief ökologische Politik greifen *muss*, um die Krise zu bearbeiten (u.a. abhängig von Positionierung in der Wachstumsfrage),
- wie tief sie greifen *kann* (v.a. abhängig davon, inwiefern der jeweilige Alternativentwurf realpolitisch reflektiert wird) und
- wie tief sie greifen *darf* (v.a. abhängig von der für legitim erachteten Eingriffstiefe des Staates).

Der Dissens liegt weniger im Streit um die „wahre“ Ursache als vielmehr darin, ob die Politisierung eines bestimmten Ursachenbündels zielführend, politisch machbar und normativ legitim ist.⁴⁸⁷

16.3 Kulturwandel und die Frage nach dem neuen Menschen

Die Untersuchungen zu beiden Zeitphasen haben verdeutlicht, dass die Kultur jeweils als einer von drei prioritären Transformationsgegenständen (vgl. zum Begriff Fußnote 40 in Kap. 4.2) behandelt wird. Übergeordnet geht es dabei um die Frage, inwiefern die ökologische Krise im Rahmen des vorherrschenden Kulturmodells lösbar ist. Bei der Kontroverse um die Ursachen der ökologischen Krise wurde u.a. aufgezeigt, dass die Autoren

487 Beispielhaft verdeutlicht sei dies an der Krisenbegründung von Fücks (vgl. Kap. 12.1). Fücks reflektiert explizit, dass das moderne Individuum einen Expansionsdrang hat, der mitursächlich für die zu beobachtende Wachstumsdynamik ist. Gleichzeitig kann unterstellt werden, dass ihm bewusst ist, dass die Erreichung der ökologischen Reduktionserfordernisse bei fortwährendem Wachstum ungleich anspruchsvoller ist. Dennoch findet sich bei Fücks weder eine Problematisierung der Konstitution des modernen Individuums noch struktureller Wachstumstreiber. Dies lässt sich mit Blick auf die oben angeführten Fragen verständlich machen. Erstens ist es aus seiner Sicht nicht zwingend erforderlich, die Wachstumsdynamik und damit die expansiven Subjektivitäten zu überwinden. Zweitens hält er eine Postwachstumsstrategie, insbesondere in globaler Perspektive, für realpolitisch nicht umsetzbar. Drittens widerspricht eine staatliche Suffizienzpolitik, die gezielt auf das Hervorbringen anderer Präferenzstrukturen gerichtet ist, Fücks' liberaler Grundhaltung.

in unterschiedlichem Maße und Tiefgang geistig-kulturelle Krisenursachen geltend machen. Daraus ergeben sich verschiedene Perspektiven darauf, inwiefern ein Kulturwandel und damit eine Veränderung der inneren Verfasstheit der Individuen erforderlich ist. Überspitzt formuliert übersetzt sich dies in die Frage, inwiefern eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft einen tiefgreifend veränderten oder gar neuen Menschen voraussetzt. Zu dieser Frage lassen sich vier wichtige Trennlinien beschreiben:

1. Inwiefern ist kultureller Wandel erforderlich und die Forderung danach legitim?
2. Wenn ja, welcher Kulturwandel ist erforderlich bzw. wie tiefgreifend müssen sich die Subjektivitäten verändern?
3. Ist der erforderliche kulturelle Wandel überhaupt möglich?
4. Wenn ja, wie ist Kulturwandel möglich und welche Rolle kommt dem Staat zu?

Die erste Streitfrage trennt, wie bereits beschrieben, Wachstumsoptimisten und Wachstumsskeptiker. Aus wachstumsskeptischer Perspektiven ist die ökologische Krise nicht im Rahmen des bestehenden Kulturmodells zu lösen, da dieses die nicht haltbare Wachstumsdynamik maßgeblich mit hervorbringt (vgl. entspr. Stein 2016, 219; Petschow et al. 2018, 159; Jacob et al. 2015b, 33). Die Kultur und damit die Werte- und Präferenzstrukturen der Individuen müssen als wichtiger Transformationsgegenstand adressiert werden. Entsprechend bemerken Münkler/Straßenberger, dass eine solche ökologische Wachstumskritik eine Reform des Menschen anstreben muss, weil dieser selbst Ausgangspunkt des Wachstumszwanges ist (2016, 231f). Demgegenüber spielen Forderungen nach Kulturwandel und veränderten Subjektivitäten bei den Autoren des grünen Wachstums keine oder eine sehr untergeordnete Rolle. Dies ergibt sich aus ihrer Positionierung in der Wachstumsfrage, ihrer dezidiert realpolitischen Ausrichtung sowie v.a. bei Fücks aus seiner liberalen Grundhaltung (Kap. 12.1.1, 12.4).

Die zweite Kontroverse bezieht sich auf den erforderlichen Tiefgang des geistig-kulturellen Wandels. Ausgehend von der unterschiedlich tief reichenden Problematisierung geistig-kultureller Krisenursachen (Kap. 16.2) beschreiben die wachstumsskeptischen Denker verschieden weitreichende Veränderungsnotwendigkeiten. Je tiefer die geistigen Wurzeln der ökologischen Krise aus Sicht der Autoren in die (modernen) Subjekte eingeschrieben sind, desto tiefgreifender muss der entsprechende Wandel sein. Das Spektrum reicht dabei von der „anthropologischen Revolution“ beim späten Bahro über die Überwindung der christlich-jüdischen Erblast bei

Amery, die Revision der geistigen Wurzeln der Moderne bei Gruhl bis zur Überwindung der kapitalistischen Subjektivität bei vielen antikapitalistischen Denkern.

Die dritte Trennlinie betrifft die Frage, inwiefern ein potenziell erforderlicher Kulturwandel überhaupt im Bereich des Möglichen liegt. Diese Frage trennt in erster Linie die demokratischen von den autoritären Wachstumsskeptikern. Die öko-autoritären Denker beschreiben zwar die Notwendigkeit von Kulturwandel, verneinen aber zumindest in der mit Blick auf die ökologische Krise verbleibenden Frist dessen Möglichkeit (vgl. Kap. 6.2.1). Sie glauben nicht an das sich freiwillig verändernde und sich bescheidende Individuum und kommen deshalb zu autoritären Schlussfolgerungen. Dies gilt entsprechend für die autoritäre Übergangsphase beim späten Bahro (Kap. 8.3). Demgegenüber kommt bei den demokratischen Wachstumsskeptikern aus beiden Zeitphasen implizit oder explizit die Überzeugung zum Ausdruck, dass der erforderliche Ausstieg aus der Wachstumsdynamik auf die Einsicht der Bürgerschaft bauen kann und sich der geforderte Kulturwandel einstellen kann. Somit hängt die Differenz zwischen diesen beiden Grundpositionen maßgeblich von den jeweiligen Menschenbildern und dabei v.a. der Einschätzung der Veränderbarkeit der Präferenzstrukturen ab (Carter 2001, 64; van den Bergh/Mooij 1999, 650, 654). Zu dieser Kontroverse können auch die Denker des grünen Wachstums hinzugezogen werden. Bei Jänicke und Fücks beruht die Zurückhaltung gegenüber Kulturwandel-Forderungen u.a. auch auf der Skepsis gegenüber der Veränderungsbereitschaft der Individuen (Kap. 12.2.3). Für Fücks konnte dies auf die mit Sloterdijk getroffene Annahme des genuin expansiv orientierten modernen Individuums zurückgeführt werden.

Die vierte Streitfrage bezieht sich auf die Prozess-Dimension des geforderten Kulturwandels. In beiden Zeitphasen bleibt diese Frage unterreflektiert. Den ambitionierten Kulturwandel-Forderungen stehen kaum zusammenhängende Vorstellungen davon gegenüber, wie sich dieser Wandel einstellen soll. In vielen Beiträgen klingt die Hoffnung auf einen Prozess sozialer Diffusion an, der durch sich verschärfende Krisendynamiken, negative Alltagserfahrungen und gesellschaftliche Pioniergruppen vorangetrieben wird. Die Denker der ersten Zeitphase heben zudem Religion als wichtige Ressource für Kulturwandel hervor (Kap. 9). Implizit wird zudem vielfach der Staat als zentraler Treiber des Kulturwandels adressiert. Staatliche Politiken werden als Voraussetzung für die Verallgemeinerung veränderter Werte- und Präferenzordnungen beschrieben. Dabei zeigen sich unterschiedliche Positionen, wie weitreichend der Staat auf das Her-

vorbringen anderer Subjektivitäten hinwirkt. Dies übersetzt sich in die von Münkler/Straßenberger formulierte Grundfrage politischer Theorie, inwiefern die sittliche Verfassung des Menschen eine politische Frage und damit Gegenstand staatlicher Politik sein darf/muss oder nicht (2016, 156).

Die Extremposition dazu wird, aus unterschiedlicher Richtung, vom späten Bahro und von Harich eingenommen. Bei Bahro ist sein gesamtes gottesstaatliches Konstrukt letztlich darauf ausgerichtet, die „anthropologische Revolution“ voranzutreiben. Es ist somit explizite Aufgabe des (autoritären) Staates, durch gezielte und spiritualistisch aufgeladene Bewusstseinspolitik den tiefgreifend veränderten Menschen hervorzubringen, auf den eine ökologische Gesellschaft aufbauen kann. Bei Harich fokussiert das staatliche Eingreifen spezifischer auf die Einhegung von nicht verallgemeinerbaren Konsumbedürfnissen. Er sieht eine gezielte staatliche Umerziehung bis hin zu staatlich verordneten Massenerziehungskuren vor, die den Individuen nicht haltbare Konsumbedürfnisse ab- und eine umweltverträgliche Bedürfnisstruktur antrainieren sollen. Weniger weitreichend sehen auch Denker wie Fromm und Felber eine direkte Rolle des (demokratischen) Staates vor, der einen „langsamen Erziehungsprozess“ (Fromm) hin zu authentischen Bedürfnissen und einer veränderten Werteordnung anstößt. Bei anderen Denkern wie z.B. den reformorientierten Wachstumskritikern der zweiten Zeitphase wirkt der Staat primär über die Veränderung von Rahmenbedingungen (z.B. Einschränkung von Werbung, Infrastrukturpolitik, Konsumsteuern, neue Wohlstandsindikatoren).⁴⁸⁸

Aus der oben angesprochenen Problematisierung und Politisierung der Subjektivitäten folgt somit, dass der Staat direkt oder indirekt auf die Präferenzstrukturen der Individuen einwirken soll. In Anbetracht dessen lässt sich der Kontrast zur öko-liberalen Position bei Fücks noch einmal konkretisieren. Aus öko-liberaler Perspektive ist die von wachstumskritischen Positionen vorgetragene Kritik individueller Präferenzstrukturen paternalistisch, da sie ein auf das Hervorbringen anderer Werte- und Präferenzordnungen gerichtetes staatliches Handeln impliziert (vgl. entspr. Stein 2016, 2019; Wissenburg 2006, 32). Aus dieser Warte darf sich staatliches Handeln nicht auf die Präferenzstrukturen der Individuen selbst, sondern lediglich auf die umweltverträgliche Befriedigung der als gegeben anzunehmenden

488 Ein quer durch die unterschiedenen Perspektiven geteiltes Motiv ist, dass die Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit eine wichtige Voraussetzung für die Abkehr vom expansiven Materialismus darstellt, da nur so das mimetische Begehren nach dem materiellen Status der oberen Schichten einzuhegen ist.

Präferenzen richten (Kap. 12.1.1, 12.4). Dieser Differenz ist ein weiterer Aspekt hinzuzufügen. Wie gezeigt, sind die Kulturwandel-Forderungen insbesondere bezüglich der Abkehr vom expansiven Konsumismus nicht nur ökologisch motiviert. Vielmehr stellt die Emanzipation von der expansiven Konsumkultur aus dieser Perspektive die Voraussetzung für eine freiere und bessere Gesellschaft und individuelle Lebensführung dar. Damit richtet der Staat sein Handeln an einer zu gewissem Grade objektiven Idee des guten Lebens aus. Auch das wird von Fücks abgelehnt (Kap. 12.4): Aus seiner Sicht muss der Staat in der Frage nach dem guten Leben neutral sein. Diese ist im umfassenden Sinne Gegenstand individueller Selbstbestimmung.

Abschließend ist zu der Frage nach dem Prozess des Kulturwandels noch eine weitere Unterscheidungslinie aufzuzeigen, die aber mehr auf divergente Gewichtungen als auf eine harte inhaltliche Trennlinie verweist. Diese ergibt sich aus der oben dargelegten Differenz, inwiefern die tiefsten Ursachen der ökologischen Krise in der geistigen oder der strukturellen Dimension zu verorten sind. Daraus ergeben sich divergente Perspektiven auf die Wechselbeziehung zwischen strukturellem und geistig-kulturellem Wandel. Wenn die strukturellen Ursachen Ausdruck geistiger Gegebenheiten sind, ist geistig-kultureller Wandel und damit die Veränderung der Subjektivitäten die unabdingbare Voraussetzung für Strukturwandel. Erst muss sich der Mensch verändern, dann kann sich das System verändern (Arponen 2014, 137). Dies zeigt sich beispielsweise beim späten Bahro und Amery, die in ihren Werken stark auf die geistigen Voraussetzungen einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft fokussieren. Wenn aber die geistig-kulturellen Ursachen Sekundärphänomen gegenüber den strukturellen Ursachen und damit des expansiven Industriekapitalismus sind, ist Systemveränderung die Voraussetzung für die Veränderung der Subjektivitäten. Diese Perspektive zeigt sich z.B. bei Autoren wie Felber oder Strasser.

16.4 Nachhaltiges Wirtschaften

Der zweite maßgebliche, in allen Strömungen des ökologischen politischen Denkens behandelte Transformationsgegenstand auf dem Weg in eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft ist die Wirtschaft. Die zentrale Trennlinie bezieht sich dabei auf das zukünftige Wirtschaftssystem und insbesondere die Zukunft des Kapitalismus (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 275ff). In beiden Hochphasen des ökologisch-politischen Denkens wird der Kapitalismus einerseits grundlegend infrage gestellt und andererseits

explizit verteidigt oder zumindest implizit beibehalten. Die Fundamental-kritik am Kapitalismus erfolgt dabei stets aus wachstumskritischer Perspektive. Zentrale, ökologisch motivierte Argumente gegen den Kapitalismus sind v.a. (vgl. Kap. 6.1, 7.1.2, 14.1.2):

- dass diesem ein systemimmanenter, mit dem erforderlichen Wachstumsstopp unvereinbarer Wachstumszwang innewohnt.⁴⁸⁹
- dass sich der kapitalistische Expansionszwang z.B. mittels Werbung in eine expansive Konsumkultur übersetzt, die ebenfalls inkompatibel mit ökologischer Nachhaltigkeit ist.
- dass der Kapitalismus aufgrund der marktwirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen einen systematischen Anreiz zur Externalisierung negativer Folgekosten setzt.
- dass sich im Kapitalismus die Produktionsentscheidungen nicht am Gebrauchs-, sondern am Tauschwert orientieren.
- dass im Kapitalismus eine übergeordnete Instanz fehlt, die den Wirtschaftsprozess aus ökologischer Perspektive rational planen und lenken kann.

Davon ausgehend wird ein breites Spektrum antikapitalistischer Gegenentwürfe beschrieben, das von Ansätzen einer zentralistischen Planwirtschaft über dezentral-demokratisierte sozialistische Positionen bis hin zu Entwürfen, die primär auf alternative Wirtschaftsformen wie Subsistenz-, Tausch-, und Commons-wirtschaft fokussieren, reicht (vgl. Kap. 6, 7, 14).

Demgegenüber basiert das Festhalten bzw. die offensive Affirmation des Kapitalismus v.a. auf dem Argument, dass der Kapitalismus mit seiner auf Privatbesitz und marktwirtschaftlicher Konkurrenz basierenden Grundord-

489 Nicht begründet wird jedoch, eine Leerstelle die Petschow et al. generell für kapitalismuskritische Wachstumskritik feststellen, inwiefern aus dem problematisierten Wachstumszwang auf Mikroebene des einzelnen Unternehmens notwendigerweise eine Steigerung des BIP als volkswirtschaftlichem Aggregat und somit ein Wachstumszwang auf Makroebene folgen muss (2018, 53ff, 60ff). Auf eben diesen Aspekt des vermeintlich zwingenden Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und volkswirtschaftlichem Wachstum richtet sich z.B. die Kritik von Eppler (in Eppler/Paech 2016, 82). Wie gezeigt, sind einige wenige antikapitalistischen Denker diesbezüglich differenzierter und beschreiben potenzielle Szenarien, in welchen ein stagnierender oder schrumpfender Kapitalismus Realität werden könnte. Dies ist aus ihrer Sicht aber nur in Szenarien mit weitreichenden negativen Folgen für die Gesellschaft denkbar (vgl. v.a. Kap. 14.1.2). Inwiefern ein Zusammenhang zwischen wachstumsorientierten Unternehmen und volkswirtschaftlichem Wachstum tatsächlich besteht, ist empirisch bisher nicht ausreichend untersucht und auch innerhalb der Wirtschaftswissenschaften umstritten (Petschow et al. 2018, v.a. 54, 60ff, 99).

nung sowie dem daraus resultierenden Innovationszwang sehr gut geeignet ist, die angestrebten Innovationsprozesse voranzutreiben. Zudem wird aus realpolitischer Perspektive vorgebracht, dass nur eine Lösung der Krise im bestehenden System breit anschlussfähig ist. Diese realpolitische Ausrichtung wird wiederum durch die wachstumsoptimistischere Positionierung der entsprechenden Denker ermöglicht: Nur weil sie keinen Wachstumsstopp oder gar ökonomische Schrumpfungen für erforderlich halten, müssen sie sich nicht mit den potenziellen Wachstumszwängen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems auseinandersetzen und können nach einer Lösung im System suchen.

Zwischen diesen beiden Polen findet sich die Mittelposition der reformorientierten Wachstumskritiker der zweiten Zeitphase (Kap. 13). Diese betonen einerseits das Innovationspotenzial des Kapitalismus. Andererseits werden punktuelle systemische Wachstumstreiber und -abhängigkeiten problematisiert. Davon ausgehend plädieren sie einerseits für spezifische institutionelle Veränderungen im bestehenden System (z.B. andere Art der Geldschöpfung, Regulierung der Finanzmärkte, Förderung wachstumsneutralerer Unternehmensformen) sowie andererseits für eine mehr oder weniger starke Einhegung des Kapitalismus durch alternative Wirtschaftsformen.

Insgesamt wird deutlich, dass die Positionierungen zum Kapitalismus sehr eng mit der Positionierung in der Wachstumsfrage zusammenhängen (ähnlich Loske 2012, 49f). Mit Ausnahme von Paech stellen alle auf Wachstumsstopp oder wirtschaftliche Schrumpfung gerichteten Denker den Kapitalismus grundsätzlich infrage. Die Abkehr vom Kapitalismus folgt also aus einer pessimistischen Positionierung in der Wachstumsfrage. Demgegenüber sind es durchweg wachstumsoptimistische Positionen, die am Kapitalismus festhalten. Die Zwischenposition zum Kapitalismus wird v.a. von Autoren eingenommen, die auch in der Wachstumsfrage eine Zwischenposition einnehmen.

Unterhalb dieser übergeordneten Frage nach der Zukunft des Kapitalismus werden insbesondere drei Kontroversen in Bezug auf das zukünftige Wirtschaftssystem deutlich:

1. Die Frage nach der richtigen Koordinationsform: Staat vs. Markt
2. Die Frage nach der richtigen Eigentums- und Unternehmensordnung
3. Die Frage nach der Rolle alternativer Wirtschaftsformen

Koordinationsform: Staat vs. Markt

Mit Blick auf das Verhältnis zwischen Staat und Markt lässt sich zunächst eine Erkenntnis von Eckersley (1992, 140f) bezüglich des englischsprachigen ökologischen politischen Denkens bestätigen: Mit Ausnahme öko-anarchistisch inspirierter Ansätze, bei denen im vorliegenden Fall die Rolle des Staates weitestgehend offen bleibt (Amery, Muraca), eint die untersuchte Denklandschaft die Notwendigkeit eines stärker eingreifenden Staates und die Abgrenzung von der neoliberalen Befürwortung eines schwachen Staates. Dies gilt für das breite Spektrum von planwirtschaftlichen Positionen bis zu Ansätzen eines ökologischen Kapitalismus. Auch für Letztere bedarf es einer stärkeren und ambitionierteren staatlichen Rahmensetzung für die Märkte. Abgesehen von diesem gemeinsamen Grundzug wird das Verhältnis zwischen Staat und Markt aber sehr unterschiedlich gedacht (vgl. entspr. zum englischsprachigen Diskurs Carter 2001, 75). Wiederum lässt sich ein, zumindest näherungsweise gültiger Zusammenhang zur Wachstumsfrage beschreiben: Je stärker der Wachstumspessimismus, desto stärker verschieben sich die Gewichte zum Staat bzw. desto tiefer ist die vorgesehene staatliche Eingriffstiefe.⁴⁹⁰ Dabei bezieht sich die Eingriffstiefe sowohl auf die Angebots- als auch die Nachfrageseite. Es lassen sich vier Positionen auf dem Kontinuum zwischen Staat und Markt differenzieren:

1. Bei den Exponenten des grünen Wachstums (Kap. 12) bleibt die bestehende marktwirtschaftliche Grundordnung vollständig intakt. Der Staat nimmt eine stärkere Rahmung des Marktes vor, seine Rolle bleibt aber auf eine indirekte Steuerung beschränkt. Der Staat wirkt nicht direkt auf die Nachfrageentwicklung ein.

490 Ausnahmen sind die genannten öko-anarchistisch inspirierten Ansätze und Paech, der für eine starke ökonomische Schrumpfung plädiert, aber keine planwirtschaftlichen Implikationen beschreibt. Bei ihm weist dies jedoch auf eine latente Spannung in seinem Entwurf hin, die auch von Vertretern planwirtschaftlich orientierter Ansätze kritisiert wird (Kap. 13.2.2).

2. Etwas weiter in Richtung Staat verschiebt sich das Gewicht bei den moderaten Wachstumskritikern der zweiten Zeitphase (Kap. 13) und Eppler (Kap. 7.4). Neben der indirekten Rahmung des Marktes sind auch direktere staatliche Eingriffe vorgesehen. Bei Eppler gilt dies v.a. für die im Zuge seiner selektiven Wachstums- und Schrumpfungspolitik vorgesehenen Investitionsbeschränkungen und -verbote. Die reformorientierten Wachstumskritiker der zweiten Hochphase plädieren im Rahmen ihrer Postwachstumspolitiken z.B. für die Besteuerung von Werbung bis hin zu umfangreichen Werbeverboten, die gezielte Förderung und Benachteiligung bestimmter Unternehmensformen oder eine deutlich strengere Regulierung der Finanzmärkte. Kopatz, Schneidewind und Paech sehen zudem in bestimmten Branchen eine absolute Begrenzungs politik vor. Außerdem richtet sich die beschriebene Suffizienzpolitik explizit auf die Präferenzstrukturen der Individuen und damit die Nachfrageentwicklung.
3. Wiederum einen Schritt weiter in Richtung direkter staatlicher Steuerung sind jene antikapitalistischen Ansätze zu verorten, die eine wirtschaftliche Rahmenplanung befürworten aber eine staatliche Detailsteuerung ablehnen (Exponenten des demokratisierten Öko-Sozialismus beider Zeitphasen, Kap. 7.3.3 und 14.2.2). Diese Denker halten mindestens einen Wachstumsstopp, zum Teil auch deutliche ökonomische Schrumpfungen für erforderlich. Der Markt bleibt als Allokationsmechanismus erhalten, die Wirtschaftsentwicklung soll aber nicht mehr primär von Angebot und Nachfrage, sondern durch bewusste demokratische Verständigung festgelegt werden. Hier kommt das Motiv zum Tragen, dass eine dem Markt überlassene Wirtschaftsentwicklung v.a. von den Profit- und Wachstumsinteressen des Kapitals bestimmt wird, während eine demokratisierte Wirtschaftsplanung längerfristig und am Gemeinwohl ausgerichtet ist. Dabei positionieren sich die Autoren nicht gegen die Veränderung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, halten diese aber für nicht ausreichend, um den Um- und Rückbau der Wirtschaft sicherzustellen.⁴⁹¹ Für die Wirtschaftsplanung muss der Staat zwischen befriede-

491 Dies verdeutlicht nochmal den Zusammenhang zur Wachstumsfrage. Viele der Denker, die einen Wachstumsstopp oder wirtschaftliche Schrumpfungen vorsehen, kritisieren explizit eine auf die Veränderung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen fokussierte Strategie, da diese diesem wachstumspolitischen Imperativ nicht gerecht werden kann (Peukert 2021, 24f, 342, 470; Dörre 2011, 225; Schmelzer/Passadakis 2011, 82f; Kern 2019, 94, 105; Strasser 1977, 104f; Bahro 1987, 31f).

digungswürdigen und nicht-befriedigungswürdigen Konsumbedürfnissen unterscheiden, was substanzielle Eingriffe auf der Nachfrageseite impliziert.⁴⁹²

4. Am weitesten in Richtung Staat verschieben sich die Gewichte bei den zentralistischen Denkern beider Zeitphasen, die eine zentralisierte und detaillierte staatliche Wirtschaftsplanung vorsehen. Auch hier ist das Motiv leitend, dass so die Wirtschaftsentwicklung an Gemeinwohlerfordernissen ausgerichtet werden kann und die erforderliche ökonomische Schrumpfung umsetzbar wird. Dieser Perspektive sind die öko-autoritären Autoren der ersten Zeitphase (Kap. 6), die kurz- bis mittelfristige Perspektive des späten Bahros (Kap. 8) sowie die Exponenten des zentralisierten Öko-Sozialismus der zweiten Phase (Kap. 14.2.1) zuzuordnen. Vor allem bei Gruhl und Harich richtete sich diese Detailplanung im Sinne einer direkten Konsumkontrolle auch auf die Nachfrageseite. Bei Harich und Bahro wirkt der Staat zudem direkt und potenziell zwanghaft auf die Präferenzstrukturen der Individuen ein. Zudem wird in mit Ausnahme von Peukert eine staatliche Bevölkerungskontrolle befürwortet. Hinter dieser Position steht ein besonders ausgeprägter Wachstumspessimismus, wonach massive ökonomische Schrumpfungen erforderlich sind.

In der Summe zeigen sich stark divergente Perspektiven auf die legitime und erforderliche Eingriffstiefe staatlichen Handelns in Bezug auf den Wirtschaftsprozess. Vor allem von den planwirtschaftlichen Entwürfen wird eine enorme Eingriffstiefe bis zur vollständigen Aufhebung unternehmerischer Freiheiten und Konsumfreiheiten legitimiert.

492 Der dritten Position zum Verhältnis zwischen Staat und Markt ist auch der Gemeinwohlökonomie-Ansatz von Felber zuzuordnen. Zwar bleibt bei ihm der Markt als zentraler Allokationsmechanismus erhalten und der Staat wirkt v.a. durch die Veränderung der Rahmenbedingungen. Doch verschiebt sich das Gewicht in vier wichtigen Dimensionen deutlich in Richtung Staat. Erstens impliziert die Art der Rahmensetzung eine deutliche Gewichtsverschiebung zum Staat: Der Staat setzt mit der Gemeinwohlbilanzierung die Erfolgsmaßstäbe, an denen sich unternehmerisches Handeln orientieren soll und implementiert entsprechende Belohnungs- und Bestrafungsmechanismen. Zweitens setzt der Staat viel engere Regeln für die Verwendung von Unternehmensgewinnen und begrenzt damit Unternehmensfreiheiten. Darüber hinaus nimmt der (demokratisierte) Staat die Kreditlenkung in seine Hände, um die Investitionsfunktion gemeinwohlorientiert auszurichten. Viertens wirkt der Staat durch eine gänzlich anders ausgerichtete Bildungspolitik direkt und gezielt auf die Präferenzstrukturen der Individuen und damit auf die Nachfrageentwicklung ein.

Abschließend ist vertiefend auf das Verhältnis zwischen staatlicher Wirtschaftspolitik und individuellen Präferenzstrukturen einzugehen. Angesprochen wurde dieses Verhältnis bereits beim Thema Kulturwandel: Bei vielen wachstumskritischen Denkern wirkt der Staat intentional auf die Präferenzstrukturen der Individuen ein, um den für erforderlich gehaltenen Kulturwandel voranzutreiben. Dieses Moment lässt sich auch bezüglich der ökologischen Wirtschaftspolitik zeigen, wobei es in den untersuchten Texten zumeist unreflektiert bleibt: In vielen wachstumskritischen Entwürfen trifft der Staat für seine Wirtschaftspolitik explizit oder implizit eine Differenzierung zwischen befriedigungswürdigen und nicht befriedigungswürdigen Bedürfnissen bzw. Konsumpräferenzen. Dahinter steht das Motiv, dass sich die Wirtschaftsentwicklung in Anbetracht der ökologischen Wachstumsgrenzen nicht mehr unhinterfragt an der Nachfrage und somit an den gegebenen Bedürfnissen der Konsumenten ausrichten kann. Vielmehr muss eine bewusste Entscheidung getroffen werden, für welche Bedürfnisse die knappen ökologischen Ressourcen zukünftig aufzubringen sind. Insbesondere die planwirtschaftlichen Schrumpfungsszenarien sind ohne eine solche Differenzierung nicht zu denken. Aber auch bei nicht-planwirtschaftlich ausgerichteten Wachstumskritikern lässt sich diese Implikation nachzeichnen (vgl. Kap. 7.4.1, 13.1.2, 13.2.2). Paradigmatisch dafür steht Strassers Forderung nach einer „Rangordnung der Bedürfnisse“ als Grundlage für staatliche Wirtschaftspolitik. Explizit deutlich wird dieses Moment auch in der vielfach aufgestellten Forderung nach Differenzierung zwischen „authentischen“, „natürlichen“ oder „grundlegenden“ Bedürfnissen einerseits sowie „künstlichen“, „von außen erzeugten“ oder „kompensatorischen“ Bedürfnissen andererseits. Zu der Frage, wie und anhand welcher Kriterien der Staat die Bedürfnisdifferenzierung vornimmt, werden in den diesbezüglich expliziten Beiträgen verschiedene Perspektiven deutlich:

- Bei Eppler und Fromm soll die Differenzierung auf wissenschaftlicher Basis vorgenommen werden.
- Bei Strasser und dem frühen Bahro soll die Rangordnung der Bedürfnisse nicht wissenschaftlich, sondern in einem deliberativen demokratischen Verständigungsprozess ausgehandelt werden.
- Für die zentralistischen Ansätze ist naheliegend, dass die zentralen Planungsakteure die vorgesehene Differenzierung vornehmen.

Unabhängig von Entscheidungsweg und Entscheidungskriterien gilt für alle diese Ansätze, dass der Staat seiner Wirtschaftspolitik eine Bedürfnisdifferenzierung zugrunde legt. Die explizite Gegenposition wird, wie darge-

legt, von Fücks bezogen (Kap. 12.4, 16.3). Aber auch Loske lässt sich als Gegenposition interpretieren: Nachhaltigkeitspolitische Maßnahmen sollen stets den größtmöglichen Freiraum für die Individuen lassen, weswegen sein Ansatz in erster Linie auf die Veränderung von Rahmenbedingungen fokussiert.

Eigentumsverhältnisse und Unternehmensordnung

Neben der Frage nach der zukünftigen Rolle des Staates gegenüber den Wirtschaftsakteuren betrifft die zweite wichtige Trennlinie bezüglich der zukünftigen Wirtschaftsordnung die Eigentumsverhältnisse. Dies bezieht sich primär auf die Frage nach dem Eigentum an den Unternehmen und hängt somit mit der Frage der Unternehmensordnung zusammen. Zu dieser Kontroverse lassen sich zwei Pol-Positionen und eine Zwischenposition identifizieren.

Für die meisten antikapitalistischen Autoren aus beiden Zeitphasen ist der Privatbesitz an Unternehmen, insbesondere wenn dieser in eine wettbewerbsbasierte Wirtschaftsordnung eingebettet ist, eine maßgebliche Krisenursache. Aus ihrer Sicht sind Privatunternehmen primär auf Profit und Wachstum ausgerichtet. Die Veränderung der Eigentumsordnung dient vor allem zwei Zielen: Erstens soll so die Profitorientierung zugunsten von Gemeinwohlorientierung und ökologischer Verantwortlichkeit überwunden werden; Zweitens soll das Verhältnis zwischen den Unternehmen von Konkurrenz auf Kooperation gestellt werden. Zu der Frage, mit welchen konkreten Eigentumsformen dies zu erreichen ist, finden sich, wie gezeigt, unterschiedliche Positionen. Diese reichen von einer Verstaatlichung über die Vergesellschaftung im Sinne der Besetzung der Leitungsgremien mit heterogenen gesellschaftlichen Interessen bis zu Formen dezentralen Gemeinschaftseigentums. Hinter den unterschiedlichen Positionen stehen spezifische Annahmen, welchen Akteuren bzw. Interessen die angestrebte kooperative Gemeinwohlorientierung zugetraut wird. Beispielsweise wird diese bei Verstaatlichungsansätzen vom Staat, bei Entwürfen der Vergesellschaftung von einem Interessensausgleich heterogener gesellschaftlicher Interessen erwartet.

Die Gegenposition findet sich am deutlichsten bei den Denkern des ökologischen Kapitalismus, welche die bestehende Eigentumsordnung nicht infrage stellen. Dafür lassen sich v.a. zwei Gründe rekonstruieren. Erstens folgt aus dem Argument, dass der Innovationsdruck des Kapitalismus wichtiger Motor für die erforderliche Transformation darstellt, dass Privateigentum an Produktionsmitteln und damit zusammenhängenden Wirtschafts-

freiheiten grundlegend für die Aufrechterhaltung dieser Dynamik sind. Das Profitstreben privater Wirtschaftsakteure ist gerade der Motor der grünen industriellen Revolution. Zweitens findet sich bei Fücks auch unabhängig von ökologischen Erwägungen eine offensive Verteidigung des Privateigentums (Kap. 12.4). Dieses stellt für ihn eine wichtige Freiheitsvoraussetzung dar. Insbesondere verhindere die bestehende Wirtschaftsordnung eine zu starke Machtballung beim Staat, während eine Vergesellschaftung bzw. Verstaatlichung der Unternehmen eben dazu führen würde.

Zwischenpositionen werden einerseits von den reformorientierten Wachstumskritikern der zweiten Zeitphase, andererseits von Felber eingenommen. Erstere unterstellen spezifischen Unternehmensformen eine stärkere (v.a. Aktiengesellschaftenn sowie allgemein Kapitalgesellschaften), anderen eine schwächere Profit- und Wachstumsorientierung (v.a. Personengesellschaften, Familienunternehmen, Genossenschaften, Stiftungsunternehmen). Letztere sollen gezielt vom Staat gefördert werden, um so den Wachstumsdruck der Wirtschaft zu senken. In dieser Perspektive werden somit bestimmte Formen des Privateigentums gezielt benachteiligt, da diese für den Übergang in eine Postwachstumsökonomie schlechter geeignet sind. Felbers Ansatz zielt primär darauf, die Privatunternehmen durch staatliche Vorgaben am Gemeinwohl auszurichten und somit die Sozialpflichtigkeit des Privateigentums zu stärken. In beiden Positionen sollen zudem besonders sensible Wirtschaftsbereiche (z.B. kommunale Daseinsvorsorge) entprivatisiert werden. Hier greift das Argument der kapitalismuskritischen Denker, wonach diese Bereiche so der kapitalistischen Gewinn- und Wachstumslogik entzogen werden können.

Konkurrenzbasierte Märkte und alternative Wirtschaftsformen

Die dritte Trennlinie bezüglich eines nachhaltigen Wirtschaftssystems betrifft die Frage nach der Zukunft des Marktes. Dies verweist zugleich auf die Frage, welche Rolle alternativen Wirtschaftsformen zugewiesen wird. Die Positionen sind weitgehend deckungsgleich zur Frage der Eigentumsordnung. Bei den Exponenten des ökologischen Kapitalismus bleiben die konkurrenzbasierten Märkte als zentraler Allokationsmechanismus unangetastet. Es ist gerade die Konkurrenzsituation auf Märkten, die in Verbindung mit der bestehenden Eigentumsordnung den kapitalistischen Innovationsdrang erzeugt. Die Konkurrenzbedingungen sind erwünschter Treiber der Transformation. Für die meisten antikapitalistischen Autoren stellen die Konkurrenzbedingungen hingegen eine maßgebliche Krisenursache dar. Sie zwingen die Unternehmen zum Wachstum und setzen Anreize zur

Externalisierung ökologischer Kosten. Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Überwindung bzw. Einhegung der Konkurrenzbedingungen ist, wie angemerkt, der Übergang zu kollektiven Eigentumsformen. Hinzu kommt in vielen Beiträgen das Motiv einer deutlichen Ausbreitung nicht marktvermittelter Wirtschaftsformen. In der Extremposition klingt z.B. bei Muraca der weitgehende Übergang zu einer Commons-Wirtschaft an. Aber auch bei vielen anderen kapitalismuskritischen Denkern spielen kooperative Formen der Tausch- und Schenkwirtschaft eine wichtige Rolle (Kap. 7.3, 14). Diese nicht konkurrenzbasierenden Wirtschaftsformen, so die Annahme, vermitteln keinen Wachstumszwang. Dieses Argument greift auch für die Subsistenzwirtschaft, die bei einigen Denkern ebenfalls eine ungleich größere Rolle spielen soll.

Eine Zwischenposition findet sich wiederum bei den reformorientierten Wachstumskritikern der zweiten Zeitphase. Diese nehmen im Vergleich zu vielen antikapitalistischen Positionen eine affirmativere Haltung zu Märkten als Allokationsmechanismus und Innovationstreiber ein. Gleichzeitig zielen aber auch sie auf die Einhegung der Märkte zugunsten alternativer Wirtschaftsformen, welche die Wirtschaftsakteure nicht unter Wachstumsdruck stellen. Besonders ausgeprägt ist dies bei Paech, der alternativen Wirtschaftsformen, insbesondere der Subsistenzwirtschaft, eine sehr prominente Rolle in einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung zuweist.⁴⁹³

Ökologische Wirtschaftspolitik, Freiheit und das gute Leben

Abschließend ist die Frage zu beleuchten, wie sich die stark divergenten Perspektiven auf ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaftssystem plausibel machen lassen. Die Positionierung in der Wachstumsfrage ist, wie gezeigt, sehr ausschlaggebend. Darüber hinaus wurde bei der Aufarbeitung der konkurrierenden Positionen gezeigt, dass diese auch von nicht i.e.S. auf die ökologische Frage bezogenen Annahmen geprägt werden. Viele wachstumskritische und antikapitalistische Denker kritisieren die Wachstumsge-

493 Jenseits der Kontroverse um die Zukunft des Kapitalismus zeigen sich im ökologischen politischen Denken weitere Trennlinien in Bezug auf ökologische Wirtschaftspolitik. Dies bezieht sich z.B. auf die Frage, inwiefern auch die stark arbeitsteilige industrielle Produktionsweise überwunden oder zumindest eingeeht werden muss (vgl. entspr. die Argumentationen von Amery, Strasser und Paech). Auch die Kontroverse um die richtigen wirtschaftspolitischen Instrumente ist zu nennen. Hier stehen sich die Fokussierung auf ordnungsrechtliche Instrumente (siehe zur Argumentation v.a. Kap. 14.2.6 und 13.1.2) und die Bevorzugung ökonomischer umweltpolitischer Instrumente (vgl. zur Argumentation v.a. Kap. 13.1.2) gegenüber.

sellschaft bzw. die vom Kapitalismus geprägte Gesellschaft nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern beschreiben diese in unterschiedlicher Radikalität und Gewichtung als unfrei, ungerecht und dem guten Leben entgegenstehend (vgl. entspr. Petschow et al. 2018, 159; dazu auch Jesche 2014, 231f). Dies lässt sich, wie vielfach gezeigt, auf spezifische Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und gutem Leben zurückführen (Kap. 7, 8, 13, 14). Insbesondere bei vielen antikapitalistischen Entwürfen tritt ein sehr optimistisches Menschenbild hinzu: Unter anderen (v.a. post-kapitalistischen) Bedingungen ist ein ganz anderer, verantwortlicher, genügsamer und beteiligungswilliger Mensch möglich, auf den eine solidarische Postwachstumsgesellschaft aufbauen kann. Aber auch für Fücks als Befürworter eines ökologischen Kapitalismus ließ sich eine solche i.e.S. normative Fundierung seiner Position aufzeigen: Für ihn ist der Kapitalismus ein freiheitsverwirklichendes Wirtschaftssystem, was auf seinen, auf negative Freiheit fokussierten Freiheitsbegriff zurückzuführen ist. Zudem stützt Fücks' Bild des modernen Individuums, das sich durch einen Drang zur Selbststeigerung auszeichnet, seine affirmative Haltung zu Wachstum und Kapitalismus (Kap. 12.4). Unabhängig von ökologischen Erwägungen ergeben sich also auch aus unterschiedlichen Grundwerten und Grundwertverständnissen, Menschenbildern und Ideen des guten Lebens divergente Haltungen zum zukünftigen Wirtschaftssystem.

Zuletzt spielen für die Ausdifferenzierung der Positionen auch perspektivische Unterschiede eine wichtige Rolle. So wurde herausgearbeitet, dass das Festhalten am Kapitalismus aus einer stärker realpolitisch ausgerichteten Sichtweise folgt (Kap. 7.4.3, 12.4). Demgegenüber wird insbesondere bei vielen antikapitalistischen Gegenentwürfen ein utopischer Überschuss dergestalt sichtbar, dass die befürworteten Alternativentwürfe neben ökologischen Zielen im umfassenden Sinne eine bessere Gesellschaft ermöglichen sollen (Kap. 7.3.5, 14.4.2).

16.5 Zukunftsfähiges politisches System

Dritter zentral behandelter Transformationsgegenstand im ökologischen politischen Denken ist das politische System. Im Mittelpunkt steht die Frage, welches politische System dem Grundwert ökologischer Nachhaltigkeit am ehesten Rechnung tragen kann. Dies übersetzt sich in die in den ersten beiden Abschnitten zu beleuchtenden Teilfragen, ob Demokratie überhaupt zukunftsfähig ist und wenn ja, welche Form von Demokratie es vermag,

den für erforderlich gehaltenen ökologischen Policy-Output hervorzubringen. Mit den unterschiedlichen Antworten auf diese Fragen gehen verschiedene Anforderungen an die Bürgerschaft einher, was im dritten Abschnitt reflektiert wird.

Kann Demokratie Nachhaltigkeit?

Die fundamentalste Streitfrage bezüglich des zukünftigen politischen Systems bezieht sich auf die Demokratie als solche. Diesbezüglich stehen sich die öko-autoritären Positionen der ersten Zeitphase (Gruhl, Harich, Jonas und später Bahro) und die weitere Autorenschaft gegenüber. Die autoritäre Perspektive hält die Demokratie aus funktionalen Gründen für nicht zukunftsfähig. Die Demokratie bindet die Entscheidungsträger an den Willen der Bürgerschaft. Der Bürgerschaft wird jedoch zumindest in der mit Blick auf die Zuspitzung der ökologischen Krise verbleibenden Frist nicht zugetraut, eine den Reduktionserfordernissen angemessene Präferenzstruktur (v.a. materielle Verzichtsbereitschaft) zu entwickeln, weswegen es zustimmungsunabhängiger Führungsinstanzen bedarf. Angestrebt wird eine globale Öko-Diktatur, die jedoch nur teilweise für möglich gehalten wird. Aus Letzterem folgt die Forderung nach autoritärer Führung auf Ebene des Nationalstaats. Differenzen zwischen den öko-autoritären Positionen beziehen sich auf die Fragen:

- wer die zustimmungsunabhängige Führungsposition einnehmen soll.
- auf welcher Steuerungsebene diese anzusiedeln ist bzw. angesiedelt werden kann.
- ob die autoritären Strukturen zeitlich befristet gedacht werden oder auf Dauer angelegt sind.

Mit dieser Demokratiekritik wirft das öko-autoritäre Denken die Frage auf, inwiefern Demokratien überhaupt zu Postwachstumsstrategien und damit zur Reduktion des materiellen Wohlstandsniveaus in der Lage sind. Bei den öko-autoritären Denkern wird diese Frage verneint.⁴⁹⁴ Hinter der autoritären Position stehen ein skeptisches Menschen- und Bürgerbild, vor dessen Hintergrund der Bürgerschaft keine Veränderungsbereitschaft zugetraut wird, sowie ein Zutrauen in (spezifische) Eliten. Darüber hinaus unterstützt auch der starke Wachstumspessimismus die autoritären Schluss-

494 Eine politikwissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit der Frage nach der Abhängigkeit der Demokratie von wirtschaftlichem Wachstum findet sich bei Fritzsche/Vogler 2018.

folgerungen: Gerade weil die für erforderlich gehaltenen Einschnitte so drastisch sind, glauben die Denker nicht an die Einsichtsfähigkeit der Bürgerschaft. Jenseits dessen befördert auch die v.a. bei Gruhl und dem späten Bahro virulente Annahme einer tiefen Einschreibung des Expansionismus in die Individuen das autoritäre Denken, da diesbezügliche Veränderungen dann besonders anspruchsvoll erscheinen. Zuletzt konnte für Gruhl und Harich gezeigt werden, wie eine Distanz zu freiheitlichen Grundwerten autoritäre Schlussfolgerungen begünstigt.

Den öko-autoritären Positionen gegenüber steht ein, unten näher beleuchtetes, heterogenes Feld demokratischer Positionen, die den Ausweg aus der ökologischen Krise im Rahmen der Demokratie für möglich halten. Dieses Festhalten an der Demokratie wird nur bei einigen Denkern, v.a. der ersten Zeitphase, explizit begründet. Analytisch lässt sich dabei eine funktionale und eine normative Begründungslinie differenzieren (vgl. dazu Kap. 7.2.1). In der funktionalen Dimension wird neben dem Verweis auf Dysfunktionalitäten autoritärer Systeme argumentiert, dass die kritische Zivilgesellschaft der zentrale Treiber ökologischen Wandels darstellt, weswegen demokratische Strukturen am ehesten die angestrebte ökologische Politik ermöglichen. Zudem setze sich vernünftige Politik viel eher in einem öffentlichen Wettstreit der Meinungen durch, wie ihn die pluralistische Demokratie institutionalisiert. In der normativen Dimension wird deutlich, dass die demokratischen Denker aufgrund ihres Grundwertekanons (v.a. starke Gewichtung von Selbstbestimmung und Gerechtigkeit als gleiche Mitbestimmungsmöglichkeiten) der Demokratie einen viel größeren Eigenwert beimessen.

Die konträren Positionen lassen sich somit v.a. über zwei Aspekte plausibilisieren. Erstens kommen die Autoren zu gegenteiligen Einschätzungen der ökologischen Leistungsfähigkeit von demokratischen und autoritären Systemen. Dies folgt in erster Linie aus unterschiedlichen Verortungen ökologischer Vernunft und Einsichtigkeit. Der Öko-Autoritarismus traut lediglich spezifischen Eliten zu, Zukunftsverantwortung zu übernehmen. Die Denker verabschieden sich von einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, weil sie nicht an die Tugendhaftigkeit der Bürgerschaft glauben bzw. beim späten Bahro, diese durch einen autoritären Staat hergestellt werden muss. Das demokratische Denken hingegen traut der Mehrheit der Bürgerschaft diese Einsichtigkeit zu und sieht die kritische Bürgerschaft als maßgeblichen Impulsgeber für ökologischen Wandel. Damit bestätigt sich eine Erkenntnis aus der Sekundärliteratur: Der Zusammenhang zwischen

Demokratie und ökologischer Nachhaltigkeit ist im ökologisch-politischen Denken nicht zwingend, sondern hängt von den Annahmen bezüglich der Präferenzen der Bürgerschaft und insbesondere deren Veränderbarkeit ab (Carter 2001, 51f; Ball 2006, 145; Humphrey 2007). Gleichzeitig lässt sich konstatieren, dass für die demokratischen Denker eine Ökologisierung des Bürgerwillens im Sinne von „green citizenship“⁴⁹⁵ die Voraussetzung für den Weg aus der ökologischen Krise darstellt (Carter 2001, 62; Eckersley 1992, 178).

Als zweiter Aspekt lässt sich eine unterschiedlich enge normative Bindung an die Demokratie konstatieren, was auf unterschiedliche Grundwertekanons zurückgeführt werden konnte. Dies verweist auf eine Kontroverse, die v.a. auch in der angelsächsischen ökologischen politischen Theorie virulent war bzw. ist. Sie bezieht sich auf Frage, inwiefern ein auf das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit gerichtetes politisches Denken eine instrumentelle Position zur Demokratie einnehmen oder dieser einen Eigenwert, der unabhängig von ihrer ökologischen Leistungsfähigkeit gilt, zuschreiben soll (Carter 2001, 49ff; Eckersley 1996). Diesbezüglich stehen sich in der untersuchten Denklandschaft die rein funktionale Bewertung der Demokratie bei den öko-autoritären Autoren sowie die stark normativ eingefärbte Verteidigung der Demokratie gegenüber. Diese Kontroverse lässt sich am besten über Goodins einflussreiche Unterscheidung zwischen einer ökologischen „theory of value“ und einer „theory of agency“ betrachten (1992, v.a. 113-122). Goodin selbst plädiert dafür, dass das ökologische Denken das Ziel und damit den „Value“ ökologischer Nachhaltigkeit ins Zentrum stellt und die Antwort auf die Frage nach der Zielerreichung, also der „Agency“, von der effektivsten Zielerreichung abhängig macht. Auf dieser Position beruht das dargestellte öko-autoritäre Denken: Weil die Demokratie das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit aus dieser Perspektive schlechter erreichen kann als autoritäre Strukturen, gilt es erstere zu verwerfen.⁴⁹⁶ Goodins Position hat starke Gegenreaktionen hervorgerufen. So legt z.B. Eckersley dar, dass eine ökologische „theory of value“ neben

495 Barry fasst „green citizenship“ wie folgt: “[It] emphasizes the duty of citizens to take responsibility for their actions and choices – the obligation to ‘do one’s bit’ in the collective enterprise of achieving sustainability” (1999, 231). Politiktheoretisch reflektiert wurde „green citizenship“ vor allem im angelsächsischen Diskurs. Siehe dazu z.B. Barry 1996; 1999; Smith 1998; Christoff 1996.

496 Entsprechend wurde Goodin vorgeworfen, seine Position öffne Tür und Tor für autoritäre Antworten auf die ökologische Krise (vgl. z.B. Carter 2001, 50). Goodin selbst wollte mit seiner Differenzierung aber lediglich darauf aufmerksam machen,

dem Ziel ökologischer Nachhaltigkeit auch das Ziel von Emanzipation und Selbstbestimmung inkorporieren soll und vor diesem Hintergrund einem demokratischen und damit freiheitlichen Weg aus der ökologischen Krise ein starker Eigenwert zukommt (1996). Eben diese Position steht hinter der dargestellten Verteidigung der Demokratie. Aus dieser Perspektive ist, unabhängig von deren ökologischer Leistungsfähigkeit, ein demokratischer Weg aus der ökologischen Krise zu suchen.

Welche Demokratie kann Nachhaltigkeit?

Während die Frage nach der Demokratie als solcher mit dem Verschwinden prominenter öko-autoritärer Positionen Ende der 1970er-Jahre in den Hintergrund rückt, bleibt die Frage nach der konkreten Form der Demokratie virulent (vgl. entspr. zum englischsprachigen Diskurs Carter 2001, 75; Eckersley 1992, 27). Dies bezieht sich nicht nur auf die Form, sondern auch die angemessene Ebene politischer Entscheidungsfindung und Steuerung. Übergeordnet lassen sich in der untersuchten Literatur drei Perspektiven unterscheiden:

1) Dem autoritären Denken diametral gegenüber steht die in beiden Zeitphasen prominent vertretene Position einer radikalen Demokratisierung. Diese wird von demokratischen Systemwechsel-Denkern beider Zeitphasen eingenommen.⁴⁹⁷ Für diese Position mangelt es nicht an Autorität und Zentralisierung, sondern an Demokratie und Subsidiarität. Damit einher geht eine grundlegende Kritik am bestehenden Institutionensystem, wobei v.a. folgenden Punkte angeführt werden:

- das Hervorbringen unverantwortlicher, von der Bürgerschaft entfremdeter politischer Eliten;
- die Passivierung der Bürgerschaft, die sich im Zuge dessen auf ein rein opportunistisches Beteiligungsverhalten zurückzieht;
- die starke Anfälligkeit für wirtschaftliche Sonderinteressen, die maßgeblichen Einfluss auf den Policy-Output nehmen;

Das bestehende politische System wird als System struktureller Verantwortunglosigkeit beschrieben. Davon ausgehend wird für eine umfassende Demokratisierung geworben, was häufig mit der Forderung nach De-

dass aus dem Grundwert der ökologischen Nachhaltigkeit keine bestimmte politische Ordnung folgt. Er selbst sprach sich nicht für autoritäre Lösungen aus.

⁴⁹⁷ Bestätigen lässt sich die Erkenntnis von Eckersley, wonach eine Verbindung von Ökologie und Vertiefung der Demokratie in erster Linie von Autoren mit einem linken ideologischen Hintergrund gedacht wird (1992, 27).

zentralisierung von Entscheidungskompetenzen einhergeht. Hinter diesen Demokratisierungsforderungen werden v.a. zwei Motive sichtbar, die bei den Denkern unterschiedlich gewichtet sind:

- Das Schaffen eines unverfälschten Transfers des Bürgerwillens in politische Entscheidungen. Hinter dieser Argumentationslinie steht die Annahme, dass die Bürgerschaft ambitionierte Nachhaltigkeitspolitiken bereits mehrheitlich befürwortet, sich dies aber aufgrund des gegenwärtigen politischen Systems nicht in entsprechenden politischen Entscheidungen niederschlägt.
- Die Transformation des Bürgerwillens durch Beteiligung. In dieser Argumentationslinie wird ausgeweiteten Beteiligungsmöglichkeiten das Potenzial zugeschrieben, die Präferenzstrukturen der Bürgerschaft von opportunistischer Eigennutzorientierung auf Gemeinwohlorientierung zu verändern. Die Vertiefung der Demokratie leistet also selbst einen maßgeblichen Beitrag für das Hervorbringen einer verantwortlichen Bürgerschaft.

In der Summe soll Demokratisierung zu einem gemeinwohlorientierteren und ökologisch verantwortlicheren Policy-Output führen.

Innerhalb des radikalen Demokratisierungsdenkens sind zwei Stoßrichtungen zu unterscheiden (ähnlich Dryzek 1997, 183). Vor allem bei den öko-sozialistischen Denkern wird Demokratisierung und Dezentralisierung im Rahmen einer zentral- bzw. nationalstaatlichen Ordnung gedacht (Kap. 7.3.3, 14.2.2). Die Notwendigkeit zentraler Entscheidungs- und Steuerungskompetenzen ergibt sich u.a. im Bereich der Wirtschaftslenkung. Entsprechend werden die repräsentativdemokratischen Institutionen um substantielle Beteiligungsmöglichkeiten ergänzt, aber nicht ersetzt. Demgegenüber votieren die öko-kommunistischen Positionen ausgehend von einer prinzipiellen Herrschafts- und Staatskritik für die weitergehende Dezentralisierung von Entscheidungsmacht (Kap. 7.3.4, 14.2.3). Für sie ist zentralisierte Macht unabhängig von der Form ihrer Institutionalisierung unverantwortlich, weswegen sie primär als Hindernis, nicht als Instrument des Wandels gesehen wird. V.a. bei Muraca klingt im Zuge der starken Dezentralisierung ein weitgehender Übergang zu direktdemokratischen Verfahren an. Die Differenz zwischen beiden Stoßrichtungen folgt, wie gezeigt, aus divergierenden Staats- und Herrschaftsverständnissen. Während in der öko-sozialistischen Stoßrichtung durch Demokratisierung ein verantwortlicher Zentralstaat möglich wird, ist dies bei Amery und Muraca prinzipiell nicht denkbar.

2) Dem radikalen Demokratisierungdenken entgegengesetzt hält die zweite Position weitgehend am bestehenden Institutionensystem fest. Dieser Perspektive sind die Denker des grünen Wachstums, Eppler sowie die reformorientierten Wachstumskritiker mit einer spezifischen Ausnahme bei Loske zuzurechnen. Ihre inkrementellen Reformvorschläge zielen in verschiedene Richtungen:

- Wichtiges Ziel ist die Stärkung der im Staat für Umweltbelange zuständigen Akteure (v.a. Jänicke, Loske, Schneidewind). Dazu dienen u.a. der Abbau von Politikverflechtung und die Klärung von Kompetenzen, die bessere finanzielle und personelle Ausstattung von Umweltressorts sowie ein veränderter Ressortzuschnitt zur Etablierung einer umfassenden und starken Nachhaltigkeitsperspektive.
- Alle hier subsumierten Denker problematisieren Lobbyismus, insbesondere den starken Einfluss von Wirtschaftsinteressen, die gegen eine ambitionierte ökologische Transformation gerichtet sind. Als Gegenmaßnahmen werden z.B. die Schaffung umfassender Transparenz, die kartellrechtliche Bekämpfung von ökonomischen Machtkonzentrationen oder die moderate Ausweitung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten vorgebracht.
- Eppler, Loske und Schneidewind schwebt die punktuelle Ergänzung der bestehenden Institutionenordnung um direktdemokratische Elemente vor. Wie in der ersten Position greift auch hier die Annahme, dass der stärkere Einfluss der Bürgerschaft auf Entscheidungsprozesse zu ökologisch verantwortlicheren Entscheidungen führt. Gleichzeitig findet jedoch eine Abgrenzung zu radikaleren Demokratisierungsforderungen statt. Diesen wird entgegengehalten, dass es keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Demokratisierung und einem weitsichtigeren Policy-Output gibt und dass das bestehende repräsentative System als Schutzschild gegen die Anfälligkeit direktdemokratischer Verfahren für Populismus zu erhalten ist.⁴⁹⁸
- Fücks und Loske plädieren für die Festschreibung von Nachhaltigkeitszielen in der Verfassung und somit eine stärkere Selbstbindung der staatlichen Akteure.

498 Eine noch stärkere Gegenposition kommt bei von Weizsäcker zum Ausdruck. Aus seiner Sicht werden direktdemokratische Entscheidungen oft uninformiert getroffen und führen zu Fehlentscheidungen, die nicht dem Gemeinwohl dienen. Für den erforderlichen ökologischen Wandel bedürfe es einer lebhaften öffentlichen Debatte, aber keiner Direktdemokratie. (2020, 92)

- In internationaler bzw. globaler Perspektive wird für Institutionen geworben, welche die Kooperationsfähigkeit zwischen Staaten erhöhen und gleichzeitig effektive Sanktionsmechanismen ermöglichen (Fücks, Eppler, von Weizsäcker). Konkrete Maßnahmen sind z.B. die Stärkung der UN sowie spezifischer die Schaffung von sanktionsbefähigten Treuhandinstitutionen für globale Gemeingüter wie Atmosphäre, Ozeane, Biodiversität oder Regenwälder.

3) Bei der dritten Position steht das Ansinnen im Vordergrund, durch substanzielle institutionelle Erweiterungen die Weitsichtigkeit der Demokratie zu erhöhen. Gegenüber der Position des weitgehenden Festhaltens am Status quo kommt hier die Ansicht zum Ausdruck, dass inkrementelle Veränderungen nicht hinreichend sind. Entgegen dem radikalen Demokratisierungsdenken wird Zukunftsverantwortung in dieser Perspektive nicht primär von der breiten Bürgerschaft, sondern von zu diesem Zweck zu schaffenden Institutionen erwartet. Die konkreten Stoßrichtungen unterschieden sich dabei deutlich. Fromms „oberster Kulturrat“, sein „humanistisches Expertengremium“ (Kap. 7.3.3.1) sowie Peukerts klimapolitisch ausgerichtete „Kommandozentralen“ (Kap. 14.2.1) stellen expertokratische Institutionen dar, die substanziellen Einfluss auf die politischen Entscheidungen haben sollen. Bei Peukert werden dabei durchaus Entdemokratisierungstendenzen sichtbar. Demgegenüber geht es bei Loske nicht um die stärkere Institutionalisierung von Expertise, sondern um die demokratische Vertretung von Zukunftsinteressen. Er fordert einen mit suspensiven Veto-rechten im Gesetzgebungsverfahren ausgestatteten, pluralistisch besetzten Nachhaltigkeitsrat (Kap. 13.1.2.3).

Wie lässt sich dieses heterogene Feld an Positionen verständlich machen? Zunächst kommen wieder divergente Verortungen ökologischer Verantwortlichkeit zum Ausdruck. Das radikale Demokratisierungsdenken verortet diese in erster Linie in der breiten Bürgerschaft, während es sehr skeptisch gegenüber den etablierten Funktionseliten ist. Die maßgeblichen Impulse kommen „von unten“, weshalb ein Setzen auf Demokratisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsmacht folgerichtig ist. Demgegenüber kommt im stärkeren Festhalten am Status quo ein größeres Zutrauen in die Rationalität des bestehenden Systems und damit auch in die darin handelnden Akteure zum Ausdruck. Die punktuellen Veränderungsvorschläge zielen v.a. darauf, institutionalisierten Umweltinteressen im gegebenen System mehr Gewicht zu verschaffen. Der Fokus liegt somit weniger auf der Bürgerschaft als auf den etablierten, institutionellen Vertretern von Umweltin-

teressen. Loske geht einen Schritt weiter und will Zukunftsverantwortung in einer ungleich stärkeren Institution verankern. Wiederum steht aber das Zutrauen in Institutionen im Vordergrund. Zuletzt setzen die expertokratischen Ansätze primär auf Wissenseleiten. Doch nicht nur die befürwortete Form der Entscheidungsfindung, auch die anvisierte Steuerungsebene hängt von der Verortung ökologischer Verantwortlichkeit ab. Wenn diese z.B. in erster Linie bei bestimmten Eliten oder Experten verortet wird, ist es naheliegend, Entscheidungskompetenzen zu zentralisieren. Dies zeigt sich v.a. in der öko-autoritären und in der expertokratischen Stoßrichtung. Wenn hingegen die Zivilgesellschaft bzw. die breite Bürgerschaft als maßgeblicher Träger ökologischer Vernunft gesehen wird, ist es naheliegend auf Dezentralisierung zu setzen, da umfassende Beteiligung v.a. dezentral zu organisieren ist.

Darüber hinaus lassen sich die divergenten Positionen auf weitere Aspekte zurückführen. Zum einen haben die für erforderlich gehaltenen öko-politischen Veränderungen selbst Einfluss darauf, welches politische System angestrebt wird. Aus der „Win-Win-Perspektive“ des grünen Wachstums ist es deutlich naheliegender, auf eine Lösung der ökologischen Krise im Rahmen der bestehenden Institutionenordnung zu setzen. Für die antikapitalistischen Denker geht es hingegen in vielerlei Hinsicht um die Deprivilegierung etablierter Eliten, weshalb Demokratisierungsforderungen angezeigt sind. Zum anderen verbinden die radikalen Demokratisierungsdenker mit ihren Entwürfen nicht nur ökologische Motive, sondern sehen Demokratisierung als zentrale Bedingung für die Verwirklichung von kollektiver und gleichberechtigter Selbstbestimmung als Voraussetzung für (ihr Verständnis von) Freiheit und Gerechtigkeit. Radikale Demokratisierung erscheint vor dem Hintergrund ihres Grundwertekanons auch unabhängig von ökologischen Motiven wünschenswert. Des Weiteren ist wiederum die perspektivische Differenz zwischen stärker utopisch (v.a. radikale Demokratisierungsdenker) und eher realpolitisch ausgerichteten Perspektiven (v.a. Position der inkrementellen Veränderungen) ausschlaggebend.⁴⁹⁹

499 Abschließend sind einige durch alle Strömungen hinweg geteilte Motive mit Blick auf ein zukunftsfähiges politisches System zu benennen. Erstens werden in allen Strömungen unter dem Stichwort Lobbyismus die ungleich verteilten Einflusspotenziale zugunsten veränderungsaverser Wirtschaftsinteressen problematisiert. Eine zweite breit geteilte und unkontroverse Forderung zielt auf den Abbau von Wachstumsunabhängigkeiten, die dem Staat eine systematische Wachstumsfokussierung auferlegen (v.a. Wachstumsabhängigkeit der Sozialsysteme, des Arbeitsmarktes und der Bearbeitung der Staatsverschuldung). Drittens wird in allen Strömungen in bei-

Anforderungen an die Bürgerschaft

Neben den im engeren Sinne institutionellen Streitfragen ist festzuhalten, dass mit den aufgezeigten Positionen verschiedene Anforderungen an die Bürgerschaft gestellt werden. Diese Trennlinie verläuft nicht parallel zu den oben differenzierten Positionen, weswegen sie gesondert zu behandeln ist. Vielmehr wird an erster Stelle ein Unterschied zwischen wachstumsskeptischen und wachstumsoptimistischeren Positionen deutlich, der bereits in Bezug auf die Frage nach Kulturwandel aufgezeigt wurde. Die (demokratischen) wachstumsskeptischen Denker setzen eine weitsichtige und nicht eigennutzorientierte Bürgerschaft voraus. Diese muss zum Wohle zukünftiger Generationen und den Menschen in anderen Weltregionen politische Maßnahmen mittragen, die einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik ermöglichen und somit auch dem individuellen materiellen Zuwachs Grenzen setzen bzw. zu teilweise massiven materiellen Einbußen führen. Im radikalen Demokratisierungsdanken kommen weitere Tugendanforderungen hinzu: Die Bürgerschaft soll nicht nur ihre Präferenzstruktur am Gemeinwohl ausrichten, sondern sich überdies in Verantwortung für die Gesamtgesellschaft und zukünftige Generationen ungleich stärker in die politischen Prozesse einbringen. In den wachstumsskeptischen Positionen wird somit die tugendhafte Bürgerschaft bzw. eine starke Variante von „green citizenship“ zur Voraussetzung für den Weg aus der Krise. Hinter diesen Positionen steht damit zugleich implizit ein optimistisches Bürgerbild, das diesem die grundlegende Fähigkeit zur vorausschauenden und gemeinwohlorientierten Verantwortungsübernahme zutraut (vgl. dazu Schmidt 2010, 240f; Habermas 2014, 327ff; Carter 2001, 62). Dies setzt wiederum voraus, dass die Präferenzstrukturen in der Bürgerschaft nicht per se eigennutzorientiert sind und sich gemeinwohlorientiert verändern können (Carter 2001, 62). Solche starken Tugendanforderungen finden sich bei den Denkern des grünen Wachstums nicht. Explizit argumentiert Jänicke, dass die Lösung der ökologischen Krise nicht von einem potenziellen Kultur- und Wertwandel in der Bürgerschaft abhängen darf (Kap. 12.1.1, 12.2.4).

Diese Differenz bezieht sich letztlich auf die von Münkler/Straßenberger formulierte Grundfrage politischer Theorie, inwiefern „eine freiheitlich-demokratische Ordnung stabilitätspolitisch auf die Tugenden ihrer Mitglieder

den Zeitphasen eine ausgeweitete internationale Kooperation zur Bearbeitung der ökologischen Krise gefordert und befürwortet. Einige Denker zeigen sich jedoch sehr skeptisch bezüglich der Chancen eines gestärkten Multilateralismus.

angewiesen“ ist (2016, 179). Dies verweist wiederum auf die tradierte Trennlinie zwischen einem liberalen und einem republikanischen Demokratieverständnis (Habermas 2014, 327ff). In den wachstumskritischen Konzeptionen lässt sich ein starkes republikanisches Moment ausmachen, insofern ökologische Weitsicht, gemeinwohlorientierte Zukunftsverantwortung und Beteiligungswille als Bürgertugenden begriffen werden: Der Bürger kann und soll partizipieren und sich dabei tugendhaft in seinen Einstellungen, Handlungen und Urteilen zeigen (Schaal/Heidenreich 2017, 62; Münkler/Straßenberger 2016, 155, 173, 179). Der reflektierte Bürger kann und soll das (ökologische) Gemeinwohl erkennen, das nicht nur aus den aggregierten Interessen der Einzelnen besteht (Schaal/Heidenreich 2017, 63; Habermas 2014, 325f). Der Bürger braucht damit im Gegensatz zu einem liberalen Demokratieverständnis ein Ethos, das über die eigene Nutzenmaximierung hinausreicht (Habermas 2014, 327ff).⁵⁰⁰

Damit stellt sich für die wachstumskritischen Denker die auf Rousseau zurückgehende, grundlegende republikanische Frage, wie sich aus dem eigennutzorientierten Bourgeois der gemeinwohlorientierte Citoyen entwickeln kann (vgl. dazu Schaal/Heidenreich 2017, 188f, 228f, 230). Die (unzureichenden) Antworten auf diese Frage wurden bereits angedeutet. Vielfach beschränken sie sich auf die diffuse Hoffnung auf einen Prozess gesellschaftlichen Bewusstseins- und Wertewandels, der sich von Pioniergruppen ausgehend fortwährend ausbreitet. Die ökologische Demokratie kann also, in Abwandlung des „Böckenförde-Diktums“, ihre Voraussetzungen in Form des suffizienzorientierten, ökologisch verantwortlichen und beteiligungswilligen Bürgers nicht selbst garantieren (vgl. Böckenförde 1976, 60), sondern ist diesbezüglich auf die von Strasser so bezeichnete „Selbstaufklärung“ der Bürgerschaft angewiesen.⁵⁰¹ Jenseits dessen wurde deutlich, dass sich die Denker von spezifischen politischen Reformen wie z.B. einer veränderten Bildungspolitik, der Einschränkung von Werbung oder ganzheitlichen Wohlstandsindikatoren einer Veränderung der Präferenzstrukturen

500 Oder um es mit einer Metapher in Anlehnung an Kant zu formulieren: Eine sich materiell selbst bescheidende Demokratie lässt sich nicht mit egoistischen und selbstbezogenen Teufeln, sondern nur mit (zumindest ökologisch) tugendhaften Engeln verwirklichen (Kant 1970, 223f).

501 An dieser Stelle sei noch einmal auf die besonders hohen (impliziten) Anforderungen an die Bürgerschaft bei vielen kapitalismuskritischen Ansätzen verwiesen. Die Bürgerschaft ist einerseits geprägt von einer kapitalistischen Subjektivität, die sich durch Materialismus, Egoismus und Konkurrenzdenken auszeichnet. Gleichzeitig soll die kritische Zivilgesellschaft der zentrale Treiber der, über den Kapitalismus hinausweisenden, Transformation sein.

in der Bürgerschaft erhoffen. Dabei wird jedoch nicht ausreichend reflektiert, dass diese Reformen selbst bereits auf demokratische Mehrheiten angewiesen sind und damit bereits veränderte Präferenzstrukturen voraussetzen.

An dieser Stelle ist nun auch vertiefend auf das im radikalen Demokratisierungsdanken verbreitete Motiv einzugehen, dass die umfassende Ausweitung direkter demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten selbst zu Gemeinwohlorientierung und Beteiligungswillen in der Bürgerschaft führt. Diese Position findet sich prominent bei demokratischen Systemwechsel-Denkern wie Amery, Strasser, Fromm, Brand und Felber. Eine spezifische Stoßrichtung stellt das bei den Denkern der ersten Zeitphase stark ausgeprägte Dezentralisierungsdanken dar, wonach sich ökologische Vernunft, Gemeinwohlorientierung und Beteiligungswille insbesondere dann einstellen, wenn die Menschen in dezentralen und damit überschaubaren Zusammenhängen („human scale communities“) für die öffentlichen Belange verantwortlich gemacht werden (Kap. 7.3.1). Aus dieser kommunitaristischen Annahme wird geschlussfolgert, dass möglichst viele Entscheidungs- und Vollzugskompetenzen auf kleinräumige Ebenen zu verlagern sind.

Aus dieser Perspektive wird die tugendhafte Bürgerschaft durch die Veränderung des politischen Systems im Sinne von mehr Deliberation, Demokratisierung und Dezentralisierung mit hervorgebracht (Carter 2001, 62, 52ff). Im Zuge dessen erhöht die dezentral-partizipatorische Demokratie die Chancen auf den angestrebten ökologischen Policy-Output (ebd., 52ff). Die Autoren setzen damit auf ein Moment, das auch in der republikanischen und kommunitaristischen Demokratietheorie zentral ist: die Transformation des Bürgers durch eine Veränderung des demokratischen Institutionengefüges (vgl. dazu Schaal/Heidenreich 2017, 64; Habermas 2014, 333; Meyer 2008, 97). Es bedarf eines „entgegenkommenden institutionellen Kontextes“, der die Tugendhaftigkeit der Bürgerschaft fördert (Schaal/Heidenreich 2017, 229f). Dies impliziert gleichzeitig eine grundlegende Kritik an der nationalstaatlichen Repräsentativdemokratie, welche diese Tugendhaftigkeit nicht hervorzubringen vermag (Carter 2001, 52f, 55f; Schaal/Heidenreich 2017, 227). Aus der Perspektive der hier genannten Denker ist die bestehende demokratische Ordnung nicht imstande, „die sozio-moralischen Voraussetzungen für ihre langfristige Stabilität zu garantieren bzw. über eine konfliktaffine politische Kultur zu befördern“ (Münkler/Straßenberger 2016, 179).

16.6 Der Prozess des Wandels

Die letzte zu behandelnde Grundfrage des ökologischen politischen Denkens bezieht sich auf den Prozess des Wandels und somit auf die Frage, wie und durch wen die jeweils beschriebenen Alternativentwürfe zu erreichen sind (vgl. entspr. zum englischsprachigen Diskurs Ball 2003, 549f). Dabei lassen sich mit Blick auf das untersuchte Spektrum drei übergeordnete Perspektiven unterscheiden:

1) Aus der Top-Down-Perspektive, wie sie sich bei den öko-autoritären Denkern Gruhl und Jonas findet, haben letztlich nur spezifische Funktionsebenen die Vernunft, zukunftsgerichtet und somit gemeinwohlorientiert zu handeln. V.a. für Gruhl liegt der Schluss nahe, dass es sich dabei um staatliche Funktionsebenen handelt. Ausgehend von der beschriebenen Skepsis gegenüber der Bürgerschaft kommen die Zivilgesellschaft und der sich politisch engagierende Bürger nicht als Transformationsakteure vor. Eine Antwort auf die ökologische Krise wird die Gesellschaft nur finden, wenn die angesprochenen Eliten Zukunftsverantwortung übernehmen und den kurzsichtigen und eigennutzorientierten Individuen den Weg aus der Krise vorgeben. Damit ist der Staat der entscheidende und letztlich einzig angesprochene Transformationsakteur. Es werden jedoch keine Vorstellungen entwickelt, wie der Prozess zur Etablierung zustimmungsunabhängiger Macht für diese Eliten vonstattengehen soll.

2) Am gegenüberliegenden Pol ist die sehr heterogen besetzte Bottom-up-Perspektive zu verorten. Dieser Perspektive sind die demokratischen Systemwechsel-Positionen beider Zeitphasen, die reformorientierten Wachstumskritiker der zweiten Zeitphase sowie Eppler, Harich und der späte Bahro zuzuordnen. Diese heterogene Gruppe wird von einigen geteilten Grundzügen geeint. Sie erwarten den Veränderungsimpuls in erster Linie aus (Teilen) der Zivilgesellschaft. Diesem Setzen auf die Zivilgesellschaft steht eine unterschiedlich begründete Skepsis bezüglich den etablierten Funktionsebenen gegenüber. Voraussetzung für den Basisimpuls ist ein sich ausbreitender Bewusstseinswandel in der Zivilgesellschaft, der zu einer zunehmenden kritischen Infragestellung des Status quo führt. Die Ansätze bauen somit auf eine wachsende Politisierung der Zivilgesellschaft, die den erforderlichen Druck für die angestrebten Veränderungen aufbringt. Die Ziele dieses Basisimpulses sind freilich völlig unterschiedlich und reichen, wie gezeigt, von der Etablierung zustimmungsunabhängiger Führung beim späten Bahro und Harich bis zum dezentralen Neuaufbau einer öko-kommunalistischen Gesellschaft bei Amery und Muraca. Im Rahmen dieser

geteilten Grundzüge zeigen sich weitreichende Differenzen, die sich v.a. auf folgende Fragen beziehen:

- a. Welche zivilgesellschaftlichen Kräfte werden konkret als impulsgebende Transformationsakteure angesprochen? Werden weitere Impulsgeber außerhalb der Zivilgesellschaft adressiert?
- b. Entsteht der zivilgesellschaftliche Basisimpuls evolutionär oder wird er gezielt erzeugt?
- c. Inwiefern kann und soll der Staat als Steuerungssubjekt im Transformationsprozess dienen und damit zusammenhängend, inwiefern richtet sich der Basisimpuls auf die Übernahme staatlicher Macht?
- d. Wenn der Staat als zentrales Transformationsinstrument angesehen wird, wie wird der Staat zum Instrument transformativer Kräfte?

Zu a): Die Denker sprechen in erster Linie soziale Bewegungen, die einem kritischen Bewusstsein gegen den Status quo politischen Ausdruck verleihen, als Transformationsakteure an. Dabei hängen die konkret anvisierten Bewegungen und deren Ausrichtung stark von den jeweiligen Krisenanalysen und Alternativentwürfen ab. Beispielsweise suchen die primär kapitalismuskritischen Positionen in erster Linie nach dem kapitalismuskritischen Potenzial in der Zivilgesellschaft. Demgegenüber hat der auf Kulturwandel fokussierte Paech eine auf Suffizienzpraktiken ausgerichtete Kulturanavantgarde im Blick. Beim späten Bahro kann, hervorgehend aus seiner anthropologischen Krisenbegründung, nur eine neuartige spirituelle Rettungsbewegung den erforderlichen Transformationsimpuls geben. Es unterscheiden sich zudem die Ansichten, inwiefern die Veränderungsimpulse ausschließlich aus der Zivilgesellschaft zu erwarten sind. Bei den reformorientierten Wachstumskritikern Loske, Kopatz und Schneidewind werden auch Pioniere aus weiteren gesellschaftlichen Bereichen wie Wissenschaft oder Wirtschaft angesprochen. Demgegenüber steht bei vielen der linken Systemwechsel-Denker das Motiv im Vordergrund, dass der angestrebte Wandel gegen die etablierten Funktionseliten nicht nur in Politik, sondern auch in Wirtschaft und Wissenschaft durchgesetzt werden muss. Entsprechend ist der Fokus auf die Zivilgesellschaft stärker ausgeprägt.

Zu b): Die Antworten auf die zweite Frage trennen Harich und den späten Bahro von den weiteren Bottom-up-Denkern. Bei Letzteren entstehen bzw. verstärken sich die sozialen Bewegungen in einem evolutionären Prozess durch das zunehmende Bewusstwerden der krisenhaften Zusammenhänge, sind mithin nicht intentional gesteuert. Bei Harich und dem späten Bahro werden diese hingegen von bestimmten Eliten gezielt hervor-

gebracht. Die Bürger werden zu ihrer Rolle als Transformationsakteur angeleitet. Bei Harich wird die Arbeiterbewegung durch die kommunistischen Parteien aktiviert. Bei Bahro bringt eine öko-spirituelle Bewusstseinsavantgarde die „Unsichtbare Kirche“ als Rettungsbewegung hervor. Bahro und Harich trauen also bestimmten Basisgruppen ökologische Vernunft zu, die dazu aber der Anleitung spezifischer Eliten bedürfen. Damit überlagern sich Bottom-up- und Top-down-Elemente.

Zu c): Unterschiedlich sind zudem die Ansichten, inwiefern der Staat das zentrale Transformationsinstrument darstellt und was daraus für die Transformationsstrategie der impulsgebenden Akteure folgt. Dabei ist grundsätzlich festzuhalten, dass alle Autoren mit Ausnahme der öko-kommunalistischen Positionen explizit oder implizit auf den Staat als Steuerungssubjekt setzen. Die strukturell-institutionellen und vielfach auch die kulturellen Veränderungen werden maßgeblich durch den Staat umgesetzt. In der konkreten Gewichtung ergeben sich deutliche Unterschiede:

Gänzlich am staatsfokussierten Pol ist z.B. Harich zu verorten, bei dem der Wandel ausschließlich über den Staat erfolgt. Entsprechend ist die zentrale Funktion der Basisbewegung die Übernahme der Staatsmacht. Auch Eppler steht nahe am staatsfokussierten Pol. Auch bei ihm werden die sozialen Bewegungen primär als Machtpotenzial für die politische Auseinandersetzung in den bestehenden Institutionen angesprochen. Deren Impuls übersetzt sich v.a. mittels der Rückkopplung über Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen in die institutionalisierte politische Auseinandersetzung.

Etwas abgerückt vom staatsfokussierten Pol sind z.B. die reformorientierten Wachstumskritiker Loske, Kopatz und Schneidewind sowie die öko-sozialistischen Denker zu verorten. Sie beschreiben auch weniger direkt auf den Staat gerichtete Transformationsstrategien wie v.a.:

- Den dezentralen Aufbau alternativer Praxisprojekte, denen wiederum verschiedene Funktionen zugeschrieben werden: Einerseits sollen sie als materialisierte Positivvision einer zukunftssträchtigen Produktions- und Lebensweise ausstrahlen und „Bereitschaftspotenzial“ (Stein 2015, 120) für den entsprechenden, über den Staat herzustellenden Wandel schaffen. Andererseits werden in diesen Projekten strukturelle Prototypen entwickelt und erprobt, die dann über den Staat zu verallgemeinern sind.

Das Potenzial dieser Projekte wird somit v.a. in ihrer indirekten Wirkung auf staatliche Nachhaltigkeitspolitiken gesehen.⁵⁰²

- Ein strategisches und ökologisch verantwortliches Konsumverhalten. Auch dazu lassen sich mehrere Funktionszuschreibungen identifizieren. In den Beiträgen von Kern und Brand lässt sich die Funktion der Bereitschaftsförderung in dem Sinne ausmachen, dass kritisches Konsumverhalten zur Politisierung und damit zur gesellschaftlichen Verständigung über Fragen einer guten und verantwortlichen Lebensweise beitragen soll. Bei den öko-sozialistischen Autoren der ersten Zeitphase und Kern wird dem kritischen Konsum zudem eine direkte Transformationswirkung dergestalt zugeschrieben, dass dieser die kapitalistischen Machtverhältnisse unterwandert.
- Die impulsgebenden Akteure leisten bei vielen Denkern eine gezielte Aufklärung über die öko-sozialen Zusammenhänge und tragen so zur Ausbreitung eines kritischen Bewusstseins bei.
- Bei vielen demokratischen Systemwechsel-Denkern aus beiden Zeitphasen spielt Protest und Widerstand zur unmittelbaren Verhinderung weiterer ökonomischer Expansion eine wichtige Rolle.

In dieser Perspektive bleibt der Staat das zentrale Transformationsinstrument, der zivilgesellschaftliche Impuls richten sich aber nicht ausschließlich auf die staatlichen Institutionen.

Wiederum weiter entfernt vom staatsfokussierten Pol sind aus verschiedener Richtung der späte Bahro, Paech und Fromm. Bei Paech und Bahro bezieht sich dies erstens darauf, dass die impulsgebenden Bewegungen den strukturellen Neuaufbau zumindest teilweise am Staat vorbei leisten

502 Kontrovers ist, welches Transformationspotenzial diesen kleinteiligen Praxisprojekten konkret zugesprochen wird. Während dieses z.B. bei Denkern wie Schmelzer oder Brand stärker hervorgehoben wird, wehrt sich Loske explizit gegen eine Überhöhung der Wirkmacht solcher Gegenprojekte (2015, 229). Insbesondere zeigen sich Differenzen, inwiefern den Praxisprojekten neben den oben beschriebenen Funktionen unmittelbare Transformationswirkungen zugesprochen werden. Beispielsweise trauen einige antikapitalistischen Denker diesen Initiativen im Zuge ihrer Verbreitung zu, wichtige gesellschaftliche Bereiche zunehmend der kapitalistischen Verwertungs- und Expansionslogik zu entziehen und damit zugleich die bestehenden kapitalistischen Machtverhältnisse zu unterwandern. Das Potenzial der Praxisprojekte wird also nicht nur in ihrer Wirkung auf den Staat hin, sondern auch in der direkten Konfrontation mit den Kapitalinteressen, gegen die der angestrebte Wandel maßgeblich durchzusetzen ist, gesehen. Siehe zu einer tiefgehenden Reflexion der potentiellen Transformationspotenziale entsprechender Praxisinitiativen Stein 2015.

sollen.⁵⁰³ Zweitens werden die Gegenbewegungen nicht primär als politische Bewegung i.e.S. angesprochen. Fromm adressiert die Zivilgesellschaft primär als kritische Konsumgesellschaft. Diese soll über ein verändertes Konsumverhalten und insbesondere Konsumstreiks direkt zur Transformation der Ökonomie jenseits des konventionellen Weges staatlicher Reformen beitragen. Bei Paech wiederum wird das Individuum v.a. als Lebensstilpionier angesprochen. Wie kein anderer Denker sieht er in Anbetracht des Nichthandelns des Staates das Individuum in der moralischen Pflicht, den eigenen Lebensstil an den ökologischen Begrenzungserfordernissen auszurichten. Dadurch wird das Individuum zum Pionier einer sich ausbreitenden Suffizienzkultur. Auf den Staat ist die Suffizienzavantgarde nur insofern gerichtet, dass es für die politischen Eliten in Anbetracht der immer weiteren Ausbreitung dieser Kultur machtpolitisch opportun wird, den Weg in eine Postwachstumsgesellschaft politisch zu flankieren. Zuletzt ist die „Unsichtbare Kirche“ bei Bahro v.a. Bewusstseinsavantgarde, die auf die Ausbreitung eines höheren Bewusstseins zielt. Von einem Engagement in den bestehenden Institutionen verspricht sich Bahro, wie auch Paech, nichts.

Dies leitet über zur Position, die am weitesten vom staatszentrierten Pol entfernt ist und den Prozess des Wandels primär als autonomen Neuaufbau jenseits des Staates denkt. Diese Perspektive findet sich im öko-kommunalistischen Denken bei Amery sowie andeutungsweise bei Muraca. Ausgehend von einer prinzipiellen Herrschafts- und Staatskritik, nach der zentralisierte Macht ihrem Prinzip nach korrumpiert ist, setzt ökologischer Wandel nicht die Übernahme, sondern die Überwindung zentralisierter Macht voraus. Der Zentralstaat ist also kein geeignetes Instrument für die transformativen Kräfte. Vielmehr geht es um eine zivilgesellschaftliche Kraftsammlung gegen das Konglomerat aus politisch und wirtschaftlich Mächtigen. Folglich wirkt die Basisbewegung in erster Linie im außerparlamentarischen Bereich. Im Mittelpunkt steht der dezentrale Aufbau einer alternativen Produktions- und Konsumpraxis, die einerseits den kapitalistischen und politischen Zentralmächten ihre wirtschaftliche Grundlage ent-

503 Beim späten Bahro wird zwar die kurzfristige Rettungspolitik über den Staat umgesetzt, der langfristige Aufbau der dezentral-kommunitären Gesellschaft vollzieht sich jedoch voluntaristisch und kann vom Staat lediglich durch geeignete Rahmenbedingungen gefördert werden. Bei Paech fungieren die suffizienzfokussierten Praxisprojekte zumindest in dem Szenario, in dem der Staat keine Rolle als aktiver Transformationsakteur übernimmt, als „Rettungsboote“, von den ausgehend sich eine neue Wirtschaft und Gesellschaft jenseits des Staates etablieren kann.

zieht und zugleich den prototypischen Aufbau neuer Strukturen leistet. Neben diesem Aufbau von Parallelstrukturen betont v.a. Amery die Bedeutung des direkten Widerstands gegen die weitere Expansion von industriell-kapitalistischer Produktion und entsprechenden Infrastrukturen.

Zu d): Zuletzt ist in der Bottom-Up-Perspektive die Frage kontrovers, wie der Staat zum Instrument transformativer Kräfte wird. Übergeordnet stehen sich dabei eine demokratische und eine revolutionäre Perspektive gegenüber. Die revolutionäre Perspektive wird vom späten Bahro und von Harich eingenommen. Bei ihnen eignen sich die jeweils impulsgebenden Basisbewegungen die Staatsmacht in einem revolutionären Prozess außerhalb der bestehenden demokratischen Institutionen an. Dass sich die revolutionäre Perspektive gerade bei diesen beiden Autoren findet, ist in zweifacher Hinsicht plausibel. Erstens kann die angestrebte Neuinstitutionalisierung im Sinne zustimmungsunabhängiger Staatsmacht nicht auf die mehrheitliche Einsicht der Bürgerschaft setzen. Die Neuinstitutionalisierung muss also gegen den Mehrheitswillen erfolgen. Daraus folgt, dass der Weg über die, aus ihrer Sicht rein opportunistisch am Mehrheitswillen ausgerichteten demokratischen Entscheidungsinstanzen, versperrt ist. Zweitens eint die beiden Autoren eine prinzipielle Skepsis gegenüber den etablierten politischen Eliten. Diesen ist die Übernahme der angedachten Führungspositionen *en gros* nicht zuzutrauen, weshalb eine neue Elite die Führungsposition übernehmen muss. Dahingegen wird der Staat bei den weiteren Denkern zum Transformationsinstrument, indem demokratische Mehrheiten in den bestehenden Institutionen dies ermöglichen. Dabei zeigen sich unterschiedliche Vorstellungen, wie sich der Basisimpuls in demokratische Mehrheiten übersetzen soll:

- Über spezifische etablierte (linke) Parteien und weitere gesellschaftliche Großorganisationen (v.a. Gewerkschaften), die sich dem Basisimpuls öffnen, diesen rückverstärken und in die institutionalisierte politische Auseinandersetzung tragen. Die impulsgebenden Bewegungen streben somit nicht selbst eine parlamentarische Vertretung an, sondern werden von etablierten Akteuren als Machtpotenzial aufgegriffen. (v.a. Eppler, Strasser, Dörre)
- Über die Etablierung eines parlamentarischen Arms der Basisbewegung (in diesem Fall die GRÜNEN), der den Basisimpuls in die institutionalisierte Politik trägt und weitere Bündnispartner (Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Kirchen) für eine demokratische Mehrheit gewinnen kann. (früher Bahro)

- Über außerparlamentarische Opposition, die so stark werden muss, dass die etablierten Parteien nicht anders können, als den entsprechenden Forderungen nachzugeben. Es gilt ein so großes außerparlamentarisches Machtpotenzial aufzubauen, dass ein Kurswechsel machtpolitisch opportun wird. Der Weg über eine eigene Parteigründung wird z.T. explizit abgelehnt. (v.a. Felber, Altvater, Paech)

3) Eine Zwischenposition zwischen Top-Down und Bottom-Up-Perspektive nehmen die Exponenten des grünen Wachstums ein. Sie setzen einerseits stark auf den proaktiven Staat und betonen andererseits die wichtige Rolle zivilgesellschaftlicher Impulse. Zudem wird weiteren Funktionseliten aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft eine wichtige Rolle zugeschrieben. Paradigmatisch zum Ausdruck kommt diese Position v.a. bei Jänicke, der eine Allianz aus aufgeschlossenen Parteien, staatlichen, zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren als Treiber der Transformation beschreibt. Bezüglich der Frage nach dem Staat als Transformationsinstrument lassen sich die Denker des grünen Wachstums dem staatsfokussierten Pol zuordnen. Die angestrebten Veränderungen vollziehen sich durch staatliche Reformpolitik. Insbesondere ist es der Staat, der die „Effizienzrevolution“ durch die veränderte Rahmung der Marktwirtschaft induziert und in Gang hält. Damit ist naheliegend, dass auch die zivilgesellschaftlichen Impulsgeber primär in ihrem Potenzial auf den Staat hin angesprochen werden. Somit beschränkt sich auch die Rolle der Individuen, neben der potenziellen Rolle als kreative Innovatoren, auf die des Bürgers. Explizit wehren sich die Autoren gegen eine starke Inpflichtnahme des Individuums im Sinne der voluntaristischen Veränderung von Präferenzstrukturen und Lebensstilen, wie es in vielen wachstumskritischen Ansätzen eingefordert wird. Eine solche Privatisierung der Nachhaltigkeit sei dem Problem nicht angemessen. Zudem ist die moralische Inpflichtnahme des Individuums für einen bestimmten Lebensstil aus Fücks' liberaler Perspektive nicht wünschenswert.

Wie lassen sich die divergenten Perspektiven auf den Prozess des Wandels erklären? Zum einen hängt dies, wie gezeigt, stark von der Verortung ökologischer Verantwortlichkeit ab. Wird diese in erster Linie in der Zivilgesellschaft, bei den staatlichen Eliten oder weiteren Funktionseliten verortet? Dahinter stehen wiederum verschiedene Bilder und Verständnisse von Staat und Bürgerschaft. Beispielsweise basiert der Top-Down-Ansatz neben dem skeptischen Menschen- und Bürgerbild insofern auf einem optimistischen Staatsverständnis, als dass nur dem Staat und seinen Eliten zugetraut

wird, ökologisch rational und langfristorientiert zu handeln. Demgegenüber begreifen Paech und der späte Bahro die politischen Eliten als reine Machtopportunisten, von denen folglich keine Impulse im Transformationsprozess zu erwarten sind. Zum anderen sind die jeweils angestrebten Veränderungen selbst ausschlaggebend. Beispielsweise können die Denker des grünen Wachstums auf eine breite Interessensallianz, insbesondere einen proaktiven Staat und die Unterstützung durch Wirtschaftsinteressen hoffen, da sie im Vergleich weniger radikale Veränderungsnotwendigkeiten sehen. Die Ermöglichung ökologischer Nachhaltigkeit bei Beibehaltung der kapitalistischen Grundordnung und Wirtschaftswachstum ist sowohl im etablierten Parteienspektrum als auch für Wirtschaftsinteressen deutlich anschlussfähiger als wachstums- und kapitalismuskritische Ansätze. Entsprechend äußern die besagten Denker selbst die Hoffnung, dass der von ihnen vertretene Ansatz aufgrund seines symbiotischen Potenzials bezüglich Ökonomie und Ökologie konsensfähig ist (Kap. 12.3). Demgegenüber ist es naheliegend, dass radikale Positionen primär auf die Zivilgesellschaft setzen. Antikapitalismus und Degrowth sind im etablierten Parteienspektrum schwach bis gar nicht vertreten und auch für Wirtschaftsinteressen deutlich weniger anschlussfähig. Damit bestätigt sich die Erkenntnis von Adler/Schachtschneider: Die Positionen, die auf eine Modernisierung im System fokussieren, blicken stärker auf Staat und etablierte politische Eliten als Impulsgeber. Positionen der Fundamentalkritik, die einen tiefgreifenden Wandel anstreben, setzen stärker auf die Zivilgesellschaft und Akteure, die außerhalb des etablierten Systems agieren (2010, 270ff).

17 Plausibilisierung der Heterogenität

Wie lässt sich die enorme Heterogenität der Positionen im ökologischen politischen Denken plausibel machen? Diese Frage wurde für die konkurrierenden Positionen in den beiden Zeitphasen sowie in Bezug auf die Grundfragen des ökologischen politischen Denkens bereits beantwortet. An dieser Stelle sind die diesbezüglichen Erkenntnisse zusammenzufassen (Kap. 17.1). In einem zweiten Schritt wird die Heterogenität des ökologischen politischen Denkens in Verbindung zum tradierten Spektrum des politischen Denkens gesetzt (Kap. 17.2). Insbesondere ist zu fragen, welche Rolle die ideologischen Hintergründe der Denker mit Blick auf das tradierte Spektrum für die Ausdifferenzierung der hier untersuchten Denklandschaft spielen.

17.1 Divergente Prämissen präformieren die konkurrierenden Positionen

Die angestellten Untersuchungen bestätigen eine Erkenntnis, die zumindest andeutungsweise auch in anderen Arbeiten beschrieben wird: Die ökologische Krise trägt die Mittel zu ihrer Lösung nicht in sich, die Antwort auf die ökologische Krise ist dieser somit nicht immanent. Es erscheinen immer verschiedene politische Handlungsstrategien möglich. Welche Strategie für richtig gehalten wird, kann nicht allein mit ökologischen Argumenten getroffen werden, sondern hängt von weiteren Werturteilen bzw. Prämissen ab (Raschke 1993, 68, 74; Ryle 1988, 7f; Saretzki 1989, 106; Freedon 1996, 527). Entsprechend ist Ryle rechtzugeben: “Ecological limits may limit political choices, but they do not determine them” (1988, 8). Dies konkretisierend, wurde sowohl in der Darstellung der Strömungen des ökologischen politischen Denkens beider Zeitphasen als auch in der vorangegangenen Aufarbeitung der Grundfragen aufgezeigt, wie sich die Ausdifferenzierung der Denklandschaft mittels divergierender Hintergrundannahmen erklären lässt. Darauf muss an dieser Stelle nicht mehr eingegangen werden. Die für die Ausdifferenzierung der Denklandschaft maßgeblichen Prämissen bzw. Kategorien von Prämissen sind in Tabelle 4 zusammengefasst:

Tab. 4: Divergente Hintergrundannahmen als Erklärung für die Heterogenität des ökologischen politischen Denkens

	Kategorie	Beispiele für sich daraus ergebende Kontroversen/Positionen
Inhaltlich-thematische Prämissen	Positionierung in der Wachstumsfrage (dahinterstehend v.a. Technologieoptimismus und -pessimismus)	• Wie radikal muss der erforderliche Wandel sein? • Ausweg aus der ökologischen Krise im Rahmen des bestehenden Kulturmodells? • Muss der Kapitalismus überwunden werden?
	Kausale Begründung der ökologischen Krise	• Inwiefern muss sich die innere Konstitution des modernen/kapitalistischen Individuums verändern? • Ist die ökologische Krise primär eine ideell-kulturelle oder strukturelle Krise?
Normative Hintergrundannahmen i.e.S.	Grundwertekanons (insb. Freiheitsverständnis)	• Ist die Gegenwartsgesellschaft eine freie Gesellschaft oder eine „Konsumdiktatur“? • Ist tatsächliche Freiheit erst in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft möglich? • Kommt der Demokratie ein Eigenwert unabhängig von ihrer ökologischen Leistungsfähigkeit zu?
	Menschen- und Bürgerbilder (vgl. entspr. Eckersley 1992, 171; Carter 2001, 65; van den Bergh/Mooij 1999, 650, 654)	• Ist der Kapitalismus Folge menschlicher Wesenszüge oder wird der Mensch vom Kapitalismus deformiert? • Können Postwachstumspolitikern auf die Einsichtigkeit der Bürgerschaft setzen? • Ist die Zivilgesellschaft der maßgebliche Transformations-treiber?
	Wohlstandsverständnisse und Ideen des guten Lebens, Gesellschaftsbilder	• Soll die gegebene Gesellschaftsform ökologisch modernisiert werden oder sollte die ökologische Krise genutzt werden, eine grundlegend andere Gesellschaftsform zu verwirklichen?
	Staats- und Politik-verständnisse	• Inwiefern ist dem Staat in seiner jetzigen Form ökologische Vernunft zuzutrauen? • Kann es einen ökologisch verantwortlichen Zentralismus geben?
Perspektivisch-strategische Hintergrundannahmen	Fokus auf das Machbare, das theoretisch Notwendige und/oder das Wünschenswerte	• Fokus auf das Wünschenswerte bei vielen demokratischen Systemwechsel-Positionen • Realpolitischer Fokus auf das Machbare bei Denkern des Grünen Wachstums im ökologischen Kapitalismus
	Zeitliche Perspektive	• Zeitliche Nahperspektive bei Denkern des Grünen Wachstums im ökologischen Kapitalismus • (Implizite) Langfristspektive bei radikaleren Positionen
	Strategische Herangehensweise zur Bearbeitung der ökologischen Krise (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 280f)	• Selektiver Fokus auf Bearbeitung der ökologischen Krise ist strategisch sinnvoll, um schnelle Fortschritte zu erzielen (z.B. Denker des grünen Wachstums, Eppler) oder weil die unmittelbare Überlebenssicherung dies erfordert (öko-autoritäre und zentralistische Denker) • Ökologische Krise als Chance für eine umfassende Gesellschaftstransformation bei vielen demokratischen Systemwechsel-Positionen

Bevor auf die Rolle der ideologischen Hintergründe der Denker eingegangen wird, ist ein Aspekt vertiefend zu beleuchten, dem in der Sekundärliteratur teilweise starkes Gewicht für die Ausdifferenzierung des ökologischen politischen Denkens beigemessen wird: die Differenz zwischen anthropozentrischen und ökozentrischen Grundhaltungen. Beispielsweise beschreibt Eckersley diese Differenz als zentrale öko-philosophische Trennlinie, an welcher sich das Spektrum des ökologischen politischen Denkens aufteilt. Die anthropozentrische Perspektive suche einen Ausweg aus der ökologischen Krise, um den Fortbestand der Bedingungen der Möglichkeit für eine gute menschliche Gesellschaft zu sichern. Die ökozentrische Perspektive beziehe die nicht-menschliche Welt in ihre moralischen Betrachtungen ein und denke vor diesem breiteren Hintergrund über ökologische Politik nach (1992, 26f). Entsprechend begreift Salzborn die Unterscheidung zwischen anthropozentrischem „Environmentalism“ und ökozentrischem „Ecologism“ als fundamentalste Trennlinie im ökologisch politischen Denken. Während Ersterer auf die Erhaltung der menschlichen Lebensgrundlagen fokussiere und davon ausgehend eine Perspektive der ökologischen Modernisierung vertrete, plädiere Letzterer vor dem Hintergrund eines grundlegend anderen Weltbildes für radikalere Veränderungen (2017, 126-132).

In Anbetracht der hier angestellten Untersuchungen bestätigt sich die These der zentralen Bedeutung dieser Differenz nicht (vgl. entspr. Freeden 1996, 532). Dies lässt sich in zwei Dimensionen verdeutlichen. Zum einen spielt die Differenz zwischen ökozentrischen und anthropozentrischen Perspektiven nur in der ersten Zeitphase überhaupt eine Rolle. In der zweiten Zeitphase findet sich kein Beitrag, der den vorgetragenen Alternativentwurf ökozentrisch begründet. Zum anderen zeigt sich auch in der ersten Zeitphase kein klarer Zusammenhang zwischen Ökozentrismus/Anthropozentrismus und den öko-politischen Gegenentwürfen bzw. wie von Salzborn unterstellt, der Radikalität der Gegenentwürfe. Radikale Alternativen werden sowohl aus anthropozentrischer als auch aus ökozentrischer Perspektive beschrieben. Während sich z.B. bei Amery und dem späten Bahro eine ökozentrische Perspektive andeutet, sie ihre Gegenentwürfe also zumindest teilweise auch anhand der Bedürfnisse von nicht-menschlichen Lebewesen begründen, dominiert im öko-sozialistischen Denken ein anthropozentrischer Blickwinkel (vgl. entspr. Carter 2001, 66). Entscheidend ist, dass diese Differenz nicht maßgeblich ausschlaggebend für die jeweiligen Positionen und damit für die Ausdifferenzierung der Denklandschaft ist. Es sind in der Tat *auch* die ökozentrisch ausgerichteten Denker, die einen fundamentalen

Wandel einfordern. Dessen Notwendigkeit wird aber vielfach, z.B. durch die Öko-Sozialisten oder Harich, auch aus anthropozentrischer Perspektive beschrieben.

Stattdessen macht die vorliegende Untersuchung deutlich, dass vor allem die Positionierung in der Wachstumsfrage die Radikalität des angestrebten Wandels determiniert. Indirekt deutet diesen Zusammenhang auch Salzborn an, wenn er der anthropozentrischen Perspektive Wachstumsoptimismus, der ökozentrischen Perspektive Wachstumpessimismus unterstellt (2017, 126ff). Er erkennt aber wiederum, dass die Positionierung in der Wachstumsfrage nur sehr lose mit der Differenz zwischen anthropozentrischen und ökozentrischen Grundhaltungen zusammenhängt. Viele Denker aus beiden Zeitphasen zeigen sich wachstumpessimistisch, ohne dies in irgendeiner Form ökozentrisch zu begründen. Vielmehr ist, wie gezeigt, die Einschätzung der Flexibilität der ökologischen Wachstumsgrenzen und damit der Unterschied zwischen (technologischem) Innovationsoptimismus und -pessimismus ausschlaggebend für die Positionierung in der Wachstumsfrage. Erst mit nachgeordneter Bedeutung ergibt sich ein Zusammenhang zwischen öko- bzw. anthropozentrischer Grundhaltung und Positionierung in der Wachstumsfrage. Eine ökozentrische Perspektive kann Wachstumpessimismus verstärken, weil der Entfaltungsraum für menschliche Gesellschaften mit Rücksicht auf die Entfaltung nicht-menschlicher Lebewesen enger gezogen wird. Zumindest an einer Stelle konnte dies für Amery gezeigt werden (Kap. 5).

Das bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass das sogenannte „Inklusionsproblem“ (vgl. dazu Ott 2014, 101-147), auf das sich die Differenz zwischen Anthropozentrismus und Ökozentrismus bezieht, unwichtig für die öko-politische Debatte wäre. Freilich kann es für die Positionierung in der Wachstumsfrage und die befürworteten nachhaltigkeitspolitischen Maßnahmen ausschlaggebend sein, welche Perspektive vertreten wird. In der untersuchten öko-politischen Literatur ist dieser Aspekt aber nicht von maßgeblicher Bedeutung.

17.2 Das ökologische politische Denken und das tradierte Spektrum des politischen Denkens

Zuletzt ist im Hinblick auf die Plausibilisierung der Heterogenität der untersuchten Denklandschaft der Frage nach dem Verhältnis des ökologischen politischen Denkens zum tradierten Spektrum des politischen Denkens nachzugehen. Zu dieser Frage sind zwei Beziehungsebenen zu unterscheiden:

1) Erstens ergibt sich eine Verbindung mit Blick auf die ideologischen Hintergründe der Autoren. Bezüglich des ideologischen Hintergrunds wird im Folgenden zwischen ideologischer Grundausrüstung und ideologischer Herkunft unterschieden. Ideologische Grundausrüstung bezieht sich auf das Set normativer Prämissen i.e.S. (v.a. Menschenbilder, Grundwertekanon, Ideen des guten Lebens, Staatsverständnisse), das hinter der Position des jeweiligen öko-politischen Denkenden steht. Der Zusammenhang zwischen den ideologischen Grundausrüstungen und der Ausdifferenzierung des untersuchten Denkfeldes wurde bereits behandelt: Unterschiedliche Grundwerte, Menschenbilder, Staatsverständnisse oder Ideen des guten Lebens sind hier von entscheidender Bedeutung. Damit lässt sich als erstes Ergebnis bereits festhalten, dass die Heterogenität des ökologischen politischen Denkens in erheblichem Maße auf Divergenzen bezüglich derjenigen Prämissen zurückzuführen ist, die auch für die Heterogenität des tradierten Spektrums des politischen Denkens ausschlaggebend sind. Noch zu klären ist der Zusammenhang zwischen der Ausdifferenzierung des ökologisch-politischen Denkens und den ideologischen Herkünften der Denker. Ideologische Herkunft bezieht sich auf die Verortung der jeweiligen ideologischen Grundausrüstung im tradierten Spektrum des politischen Denkens. Dies verweist darauf, dass sich das untersuchte Spektrum aus Denkern zusammensetzt, die sich bezüglich ihrer ideologischen Herkunft in verschiedenen Strömungen des tradierten Spektrums verorten lassen.

2) Zweitens lassen sich unabhängig vom ideologischen Hintergrund die vertretenen öko-politischen Positionen, insbesondere die Ordnungsentwürfe, in Beziehung zum tradierten Spektrum des politischen Denkens setzen. Wie verhalten sich die Trennlinien im ökologischen politischen Denken zu den Trennlinien des tradierten Spektrums?

Zunächst wird der zweite Aspekt beleuchtet. Dazu ist vorweg kurz zu rekapitulieren, in welchen Dimensionen sich das Denken der Autoren überschneidet und wo es sich ausdifferenziert. Für beide Zeitphasen wurde

als zentrale Gemeinsamkeit herausgearbeitet, dass die öko-politischen Denker Antworten auf die einhellig beschriebene Herausforderung der vom Menschen verursachten, den Fortbestand und die Stabilität menschlicher Gesellschaften grundlegend infrage stellenden ökologischen Krise suchen (vgl. entspr. Stein 2016, 210; Ball 2003, 536-539; Carter 2001, 41f). Dieses Ansinnen wiederum lässt sich auf einen geteilten normativen Leitwert zurückführen, der sich mit dem Begriff der Nachhaltigkeit fassen lässt (Stein 2016, 210f). Der Begriff der Nachhaltigkeit wird zwar insbesondere von den Denkern der ersten Zeitphase nicht explizit verwendet, steht aber als Grundmotiv hinter allen untersuchten Beiträgen: Sie verbinden mit ihren Gegenentwürfen das Ziel, die Möglichkeit (guten) menschlichen Lebens auf der Erde dauerhaft sicherzustellen.⁵⁰⁴ Die zentrale Schnittmenge aller ökologischen politischen Denker ist somit die Wahrnehmung der Fundamentalherausforderung der ökologischen Krise sowie die vom Grundwert der Nachhaltigkeit geleitete Suche nach Antworten auf diese Herausforderung.

Stark divergent sind hingegen die Antworten auf die ökologische Krise, was in der Darstellung der verschiedenen Grundpositionen sowie der kontroversen Grundfragen deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Sowohl bezüglich der Alternativentwürfe als auch der Vorstellungen vom Prozess des Wandels wird ein enorm breites Spektrum abgedeckt (Ball 2003, 539, 548f). In Anlehnung an Biebricher kann dies auch so formuliert werden, dass das ökologische politische Denken von einer geteilten „Problematique“, nicht aber von einer gemeinsamen „positiven Doktrin“ getragen wird (2019, 183). In institutioneller Hinsicht umspannt das Spektrum der Antworten, wie gezeigt, so unterschiedliche Positionen wie sozialistische, anarchistische, kommunitäre, autoritäre, spiritualistisch-gottesstaatliche und liberal-kapitalistische Entwürfe (entspr. auch Ball 2003, 548; Stein 2016, 208f). Entsprechend ist Ott rechtzugeben, wonach „im therapeutischen Teil der Debatte die politischen Grundpositionen der Moderne [...] noch einmal

504 Konkret wird dieser Leitwert unterschiedlich ausbuchstabiert. Während bei einigen Autoren primär das Motiv der intergenerativen Gerechtigkeit im Vordergrund steht (z.B. Gruhl, Jonas), blicken andere auch stark auf intragenerative Gerechtigkeit in globaler Perspektive (z.B. öko-sozialistische Autoren der zweiten Phase). Bei manchen Autoren findet sich überdies eine dritte Dimension der Verantwortlichkeit gegenüber der mit Eigenwert ausgestatteten Natur, deren Lebensbedingungen es ebenfalls dauerhaft zu erhalten gilt (z.B. Amery, später Bahro). Immer aber geht es um die Ausdehnung des Verantwortungsradius heute lebender Gesellschaften (Stein 2016, 210f).

durchgespielt werden“ (Ott 2011, 54f). Das bedeutet gleichzeitig, wie Stein resümiert, dass das „politische Rad“ im ökologischen politischen Denken nicht neu erfunden wird (2016, 208; entspr. Eckersley 1992, 31). Vielmehr schöpft es in institutioneller Hinsicht aus dem Archiv des politischen Denkens. In Anlehnung an Goodin kann deshalb festgehalten werden, dass das ökologische politische Denken mit dem Grundanliegen der Nachhaltigkeit zwar durch eine geteilte „theory of value“ geleitet ist, aber keine gemeinsame „theory of agency“ und damit eine Vorstellung, wie dieses Ziel zu erreichen ist, aufweist (Goodin 1992, v.a. 113-122).⁵⁰⁵

Vertiefend stellt Stein fest, dass das heterogene Feld der vertretenen Positionen durch die „klassischen Konfliktlinien, wie sie die politische Ideengeschichte hervorgebracht hat, nämlich zwischen mehr Gesellschaft oder mehr Staat, zwischen mehr Gleichheit oder mehr Freiheit, zwischen mehr Demokratie oder mehr entscheidungsunabhängiger politischer Führung“ gekennzeichnet ist (2016, 208f). Dies lässt sich durch die vorliegende Untersuchung umfassend bestätigen. Alle von Stein genannten Spannungslinien treten in der untersuchten Denklandschaft prominent zutage. Hinzu-fügen lassen sich weitere für die politische Ideengeschichte prägende Spannungslinien wie insbesondere das Verhältnis zwischen Markt und Staat, das Verhältnis zwischen Staat und Religion, die Frage nach der adäquaten staatlichen Steuerungsebene, nach der Tugendhaftigkeit der Bürgerschaft und wie diese erzeugt werden kann sowie die Frage, inwiefern staatliches Handeln von einer objektiven Idee des guten Lebens getragen sein soll/darf oder nicht. In der Summe ist festzuhalten, dass sich im Spektrum der Ordnungsentwürfe des ökologischen politischen Denkens das tradierte Spektrum und dessen etablierte Spannungslinien widerspiegeln.

Dies leitet über zur zweiten Teilfrage nach dem Zusammenhang zwischen den ideologischen Herkunftten der Autoren und der Heterogenität des ökologisch-politischen Denkens: Inwiefern werden die Positionen der Denker von der jeweiligen ideologischen Herkunft geprägt? Für die Beantwortung dieser Frage werden im Folgenden die Denker herangezogen, für die sich eine solche ideologische Herkunft eindeutig identifizieren lässt.⁵⁰⁶

505 Dabei ist festzuhalten, dass sich die geteilte „theory of value“ auf den Grundwert der Nachhaltigkeit beschränkt. Jenseits dessen werden die unterschiedlichen Positionen, wie gezeigt, stark von divergenten Grundwertekanons geprägt.

506 Dass sich eine ideologische Herkunft nicht eindeutig identifizieren lässt, kann verschiedene Ursachen haben. V.a. gilt dies für Autoren, deren öffentlichkeitswirksames politisches Denken sich weitgehend auf die Auseinandersetzung mit der ökologischen Frage beschränkt. In diesen Fällen lässt sich zwar die vertretene

Das Spektrum reicht dabei vom konservativen Gruhl über den orthodoxen Marxisten Harich und sozialistisch geprägte Denker wie Strasser und den frühen Bahro bis hin zum liberalen Fücks.⁵⁰⁷ Die ideologischen Herkunftsfelder der ökologisch-politischen Denker bilden somit das breite Spektrum des politischen Denkens ab. Für diese Denker zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen ideologischer Herkunft und Positionierung zur ökologischen Frage. Dies lässt sich auf zwei Ebenen nachvollziehen. Erstens zeigt sich dies daran, dass viele Denker die von ihnen beschriebene Position auch unabhängig von ökologischen Gesichtspunkten befürworten. Dies lässt sich wiederum auf, für ihren ideologischen Hintergrund, typische Prämissen zurückführen. Zweitens lässt sich nachzeichnen, dass selbst wenn sich die vertretene Position im Angesicht der ökologischen Krise substantiell verändert, diese nach wie vor stark von den jeweils typischen Prämissen geprägt bleibt.

Ersteres lässt sich v.a. bei vielen öko-sozialistischen Denkern und dem liberalen Fücks zeigen. Viele öko-sozialistische Denker wenden sich auch unabhängig von ökologischen Betrachtungen gegen den Kapitalismus und sprechen bzw. sprachen sich für Entwürfe eines demokratischen Sozialismus aus (z.B. Altvater, früher Bahro, Fromm, Dörre, Strasser/Traube; vgl. entspr. zu Strasser/Traube Stein 1998, 208).⁵⁰⁸ Dies lässt sich wiederum auf für die Denkströmung des demokratischen Sozialismus typische Prämissen zurückführen, wie etwa das Bild des Menschen als kooperatives Gemeinschaftswesen, ein egalitäres Gerechtigkeitsverständnis oder die starke Gewichtung positiver Freiheit in dem Sinne, dass tatsächliche Freiheit erst in

öko-politische Position im Spektrum des politischen Denkens verorten, nicht aber die ideologische Herkunft (z.B. Kopatz, Paech, Schneidewind, Muraca, Schmelzer, Peukert, Felber, von Weizsäcker). Zudem gibt es Denker, die zwar bereits vor ihrer Auseinandersetzung mit der ökologischen Frage als politische Denker aufgetreten sind, sich diesbezüglich aber keiner Strömung des politischen Denkens eindeutig zuordnen lassen (z.B. Jonas, Amery, zu Amery entspr. Mende 2014, 368-371).

507 Selbstredend verändern sich ideologische Herkunftsfelder bzw. Hintergründe. Beispielsweise war Fücks in früheren Jahren in kommunistischen Gruppen aktiv (Reents 2008). Im vorliegenden Zusammenhang ist von Interesse, aus welcher ideologischen Perspektive die Denker die hier untersuchten Schriften verfasst haben.

508 Für Bahro, Fromm und Strasser wurde dies bereits belegt (Kap. 7). Für Altvater lässt sich dies z.B. daran ablesen, dass er bereits 1970 und somit vor der Hinwendung zur ökologischen Frage die Zeitschrift PROKLA gegründet hat, die damals noch *Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik* hieß (vgl. Zusatzkapitel III). Für Dörre sei auf seine vielfältigen Veröffentlichungen in der Zeitschrift Sozialismus (z.B. 2013; 2013b) und einige weitere aussagekräftige Veröffentlichungen verwiesen (2016; 2018; 2018b).

grundlegend veränderten, nicht-kapitalistischen sozio-ökonomischen Verhältnissen möglich wird (vgl. dazu Meyer 2008, 17, 23ff, 28f, 94f, 120, 123f). Entsprechend lässt sich für Fücks konstatieren, dass sein öko-politischer Alternativentwurf maßgeblich aus seiner liberalen Grundhaltung folgt, die er auch in anderen Politikbereichen vertritt (vgl. Fücks 2017). Diese liberale Grundhaltung äußert sich v.a. in der starken Gewichtung des Grundwertes individueller Freiheit basierend auf einem primär auf negative Freiheit fokussierten Freiheitsverständnis (vgl. dazu Schaal/Heidenreich 2017, 52-60; Wissenburg 2006, 32).

Demgegenüber gibt es Autoren, deren Denken bzw. vertretene Position sich im Angesicht der ökologischen Krise substanziell verändert und das sich von den, für den jeweiligen ideologischen Hintergrund gängigen Ordnungsvorstellungen löst. Besonders deutlich herausgearbeitet wurde dies für Gruhl, der erst aus ökologischen Erwägungen zu seinem autoritären Ordnungsentwurf kommt. Auch die Position des späten Bahros verändert sich in vertiefter Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise und deren Ursachen im Vergleich zu früheren Schriften (Kap. 8.7). Entscheidend ist aber, und das stellt die zweite Dimension der Prägung dar, dass die ideologische Herkunft auch für diese Positionsveränderungen von zentraler Bedeutung bleibt. Deutlich herausgearbeitet wurde dies bei Gruhl. Dessen öko-autoritärer Entwurf lässt sich maßgeblich auf das konservativ-skeptische Menschenbild und den daraus hervorgehenden Etatismus, die typisch konservative Interpretation der ökologischen Krise als tiefe geistige Krise der Moderne sowie die wiederum typisch konservative, kritische Distanz gegenüber emanzipatorischen Grundwerten, zurückführen (Kap. 6.3). Auch beim späten Bahro zeigt sich der starke Einfluss seiner ideologischen Herkunft, da der Gegenentwurf wesentlich durch das marxistische Ansinnen der Verwirklichung einer wahrhaft freien und emanzipierten Gesellschaft geprägt bleibt (Kap. 8.5). Selbst wenn sich also Positionen angesichts der ökologischen Frage verändern, bleiben die Antworten maßgeblich durch die jeweilige ideologische Herkunft geprägt. Festzuhalten ist somit, dass die ideologischen Herkunft eine wichtige Rolle für die Ausdifferenzierung der untersuchten Denklandschaft spielen.

Was bedeutet das für das Verhältnis zwischen ökologischem politischem Denken und tradiertem Spektrum? Zumindest für die oben angesprochenen Denker gilt: Stärker als dass sich ihr Denken im Angesicht der ökologischen Krise von der jeweiligen ideologischen Herkunft löst, stellt sich das ökologische politische Denken als Einsickerung der ökologischen Frage in verschiedene Strömungen des politischen Denkens dar. Ähnlich hat Rasch-

ke dies für die frühen GRÜNEN herausgearbeitet (1993, 68, 77f). In dieser Hinsicht ist es in Anlehnung an Connelly/Smith zutreffend, „to understand green political thought as a critical perspective which has forced existing traditions to undergo an internal analysis and re-think of their fundamental premises and concerns” (1999, 55). Das bedeutet im Umkehrschluss nicht, wie auch Connelly/Smith implizieren, dass die Auseinandersetzung mit der ökologischen Frage nicht auch zu substanziellen Veränderungen der Ausgangspositionen und spezifischen Konvergenzen zwischen diesen geführt hat (ebd.).

Im Ergebnis lassen sich vier maßgebliche Erkenntnisse zum Verhältnis des ökologischen politischen Denkens zum tradierten Spektrum des politischen Denkens destillieren:

1. Das zentrale verbindende Moment des ökologisch-politischen Denkens ist die vom Grundwert der Nachhaltigkeit motivierte Antwortsuche auf die geteilte Herausforderung der ökologischen Krise.
2. Somit entsteht mit dem ökologischen politischen Denken dahingehend etwas genuin Neues, dass Politik, Staat und Gesellschaft aus ökologischer Perspektive neu durchdacht werden.
3. Die Antworten auf die geteilte Herausforderung sind jedoch sehr heterogen und decken das breite Spektrum tradierter politischer Ordnungsvorstellungen ab. Sie differenzieren sich an den tradierten Trennlinien des politischen Denkens aus.
4. Diese Heterogenität folgt maßgeblich aus Unterschieden im Hinblick auf Prämissen, die auch für die Ausdifferenzierung des tradierten Spektrums des politischen Denkens von zentraler Bedeutung sind. Dementsprechend wirkt die ideologische Herkunft der Denker in Bezug auf das tradierte Spektrum des politischen Denkens stark präformierend auf ihre öko-politische Position. Das ökologisch-politische Denken muss folglich auch als Einsickerung der ökologischen Frage in die tradierten Strömungen des politischen Denkens verstanden werden.

Wie ist vor diesem Hintergrund das Verhältnis des ökologischen politischen Denkens zu den tradierten Strömungen des politischen Denkens zu bewerten? In der Sekundärliteratur findet sich die These, dass das ökologische politische Denken als neue Grundströmung neben tradierte Strömungen wie Liberalismus, Konservatismus und sozialistisches bzw. sozialdemokratisches Denken tritt (vgl. Stein 2016, 201). Diese These kann hier nicht verifiziert oder falsifiziert werden. Dies würde einen umfassenden Vergleich zu den anderen genannten Grundströmungen voraussetzen. Zumindest

aber erlaubt die vorliegende Untersuchung eine Anmerkung. Die These der neuen Grundströmung impliziert, dass das ökologische politische Denken auf gleiche Stufe neben die anderen Strömungen tritt und damit in Abgrenzung zu diesen etwas genuin Neues darstellt. Dies steht in einer Spannung zu der Erkenntnis, dass die Positionen sehr stark von den ideologischen Herkunftsfaktoren der Autoren geprägt sind. Fücks' Vorschlag eines Öko-Kapitalismus kann ohne seinen liberalen Fokus auf individuelle und negative Freiheit ebenso wenig verstanden werden wie Harichs autoritärer Öko-Kommunismus ohne dessen egalitaristisch fokussierten Grundwertekanon. Erst durch zusätzliche Konkretisierungen wie die Bezeichnungen als *öko-liberal*, *öko-sozialistisch*, *öko-marxistisch* oder *öko-konservativ* lassen sich die Positionen adäquat beschreiben. Entsprechend bedarf auch die Feststellung von Freeden, dass sich im ökologischen politischen Denken keine geteilten Vorstellungen von Freiheit oder Gleichheit finden (Freeden 1996, 529), einer Konkretisierung: Es sind gerade die aus verschiedenen ideologischen Herkunftsfaktoren herrührenden divergenten Verständnisse und Gewichtungen von Freiheit und Gerechtigkeit bzw. Gleichheit, die maßgeblich mitverantwortlich für die Ausdifferenzierung der Denklandschaft sind. Festzuhalten bleibt somit, dass das ökologische politische Denken nur bedingt neben die tradierten Strömungen des politischen Denkens tritt und sich gleichermaßen als deren Beschäftigung mit der ökologischen Frage verstehen lässt.

Eine alternative Lesart wäre, das ökologische politische Denken in Anlehnung an Biebricher (2019), der diesen Begriff in anderem Zusammenhang verwendet, als einen Frage-Antwort-Komplex zu beschreiben: Auf die geteilte ökologische Frage werden aus verschiedenen ideologischen Perspektiven unterschiedliche Antworten formuliert, die wenig substanzielle Gemeinsamkeiten haben. Die ökologische Frage ist in dieser Lesart ein thematischer Schauplatz, auf dem konkurrierende ideologische Perspektiven aufeinandertreffen. Die Lesart als Frage-Antwort-Komplex kann auch in Analogie zur sozialen Frage verdeutlicht werden: Diese stellte sich vor allem ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert in einer solcher Dringlichkeit, dass unterschiedliche ideologische Perspektiven auf diese reagierten und dabei stark divergente Antworten auf diese Frage entwickelten. Dies zeigt sich zum einen im in sich sehr heterogenen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Spektrum (vgl. dazu Meyer 2008, 16-49). Andererseits wurden aber auch aus den etablierten politischen Denkströmungen Antworten auf die soziale Frage formuliert. Ausdruck dessen sind

z.B. frühe sozialkonservative und sozialliberale Positionen.⁵⁰⁹ Was alle diese Ansätze verbindet, ist die vom Grundwert der Gerechtigkeit motivierte Suche nach Antworten auf die soziale Frage. Auch diese Denklandschaft ist, in begrifflicher Anlehnung an Biebricher (2019, 183), durch eine geteilte „Problematische“, nicht aber durch eine gemeinsame „positive Doktrin“ im Sinne einer geteilten Antwort auf diese Frage geprägt.

Abschließend noch ein Wort zur Rolle der GRÜNEN. Stein begreift die GRÜNEN als politisch institutionalisierten Ausdruck der Denkströmung des ökologischen politischen Denkens (Stein 2016, 201). Dies kann an dieser Stelle konkretisiert werden. In der Tat sind die GRÜNEN ein zentrales Forum, in dem viele der hier herausgestellten Grundfragen prominent verhandelt wurden (vgl. Mende 2011, Markovits/Gorski 1997, Raschke 1993) und bis heute werden. In der Partei treten linke, konservative und liberale Perspektiven auf die ökologische Frage in Austausch. In beiden untersuchten Zeitphasen engagieren sich wichtige und mit Blick auf ihre Positionen heterogene Vordenker des ökologischen politischen Denkens im Umfeld der GRÜNEN.

Doch zeigt die Geschichte der GRÜNEN auch, dass diese das breite Spektrum des ökologischen politischen Denkens nicht vollständig integrieren konnten. Lediglich in ihrer Gründungsphase hat die Partei diese Bandbreite ansatzweise abgedeckt und auch Extrempositionen wie die von Gruhl oder Bahro integriert (vgl. Mende 2011). Bereits kurz nach der Gründung beginnen aber mehrere, maßgeblich auf Divergenzen bezüglich der ökologischen Frage zurückgehende Häutungsprozesse, im Zuge derer sich verschiedene Gruppen von der Partei abspalten. Zu erwähnen sind der Auszug der Öko-Konservativen um Gruhl und die daraus resultierende Neugründung der ÖDP, der Parteiaustritt Bahros oder die v.a. auf Parteiaustritte von Linken zurückgehende Gründung von Ökolinx (vgl. dazu Bahro 2016; Mende 2011, 447; Nishida 2005, 35-38; Raschke 1993, 67). Dies verdeutlichend verweisen auch Beiträge aus der Parteienforschung darauf, dass das Ökologie-Thema als ideologische Klammer der frühen Grünen nicht ausreichend war, das breite Spektrum an ideologischen Grundpositionen zusammenzuhalten (Probst 2009, 95f; Raschke 1993, 134f; Talshir 2002, 108ff, 267ff; Freedon 1996, 529). Entsprechend werden auch in der zweiten Zeitphase insbesondere im Vergleich radikale öko-politische Posi-

509 Siehe zur Geschichte sozialliberalen Denkens u.a. Holl et al. 1986, Lehnert 2012, Hertfelder 2013 sowie zum Sozialkonservatismus u.a. Beck 1995, Ottmann 2008, 40-56.

tionen primär außerhalb der Partei vertreten. So findet sich die dezidiert kapitalismuskritische Perspektive eher bei Denkern im Umfeld der LINKEN.⁵¹⁰ Auch der starke Wachstumspessimismus, der hinter vielen der sehr radikalen Gegenpositionen steht, findet sich bei GRÜNEN Vordenkern kaum. Zudem zeigt sich, dass auch in anderen Parteizusammenhängen zumindest ansatzweise ökologische Strömungen bzw. Flügel zu finden sind. Beispielsweise wurden mit Eppler und Strasser zwei wichtige Vertreter des frühen ökologischen Flügels der SPD in der vorliegenden Arbeit behandelt. Ein Beispiel aus der zweiten Zeitphase ist die „Ökologische Plattform“ der LINKEN. Die GRÜNEN stellen in politisch-institutioneller Hinsicht also sicherlich ein zentrales, aber kein exklusives Forum für die Aushandlungsprozesse des ökologischen politischen Denkens dar.

510 Mehrere Beiträge öko-sozialistischer Autoren finden sich in den Publikationen der LINKEN-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung (vgl. z.B. Brand 2012; Altvater 2012; Dörre et al. 2019) sowie der Ökologischen Plattform der LINKEN (vgl. z.B. Kern 2016; Peukert 2019). Altvater trat nach seinem Austritt bei den GRÜNEN der LINKEN bei.

18 Ausblick

Welche Annahmen lassen sich angesichts der angestellten Untersuchung für die zukünftige Entwicklung des ökologischen politischen Denkens treffen? Die Frage nach der richtigen Antwort auf die ökologische Krise wird ein wesentlich umstrittenes und v.a. heterogenes Feld bleiben. Der Grund dafür wurde oben genannt. Es treffen nicht nur sachbezogene und empirisch nachprüfbare Argumente, sondern verschiedene Weltanschauungen und Ideologien aufeinander. Folglich wird das ökologische politische Denken auch weiterhin von einem breiten Spektrum an Positionen geprägt sein. Somit bleiben auch die Grundfragen dieser Denklandschaft kontrovers: Bei der Wachstumsfrage, der Frage nach der Zukunft des Kapitalismus und der Demokratie, der Frage nach einem neuen Kulturmodell sowie den Transformationsakteuren und -strategien sind implizit-normative Grundannahmen, die sich nicht als wahr oder falsch klassifizieren lassen, maßgeblich ausschlaggebend für die Ausdifferenzierung der Positionen. Die richtige Antwort auf die ökologische Frage lässt sich nicht wissenschaftlich bzw. „rational“ bestimmen, sondern hängt von vielfältigen Werturteilen ab. Die ökologische Frage ist damit, wie die letzten fünfzig Jahre des ökologischen politischen Denkens zeigen, eine genuin politische Frage.

Spannend zu beobachten wird sein, inwiefern die Forderung nach zentralistischen und potenziell demokratisch schwach oder nicht legitimierten Notfallregimen analog zur apokalyptischen Endzeitstimmung der 1970er-Jahre zukünftig wieder stärkeres Gewicht erlangt. Insbesondere im Falle einer weiteren Zuspitzung der Klimakrise bei gleichzeitig unzureichender (globaler) politischer Bearbeitung erscheint dies zumindest nicht abwegig. Angedeutet wird dies bereits in Beiträgen wie dem von Peukert. In Anbetracht der Klimakrise kann aus dieser Perspektive, ganz ähnlich wie z.B. bei Gruhl, Jonas oder dem späten Bahro, nur noch ein zentralistisches Notstandsregime den Zusammenbruch der Zivilisation abwenden. Dieses Notstandsregime wird aus dieser Warte zwar nicht als wünschenswert angesehen, ergibt sich aber als schiere Notwendigkeit. Zumindest erscheint der Weg von Peukerts „Kommandozentralen“ zu den in den 1970er-Jahren geforderten Notstandsregimen nicht mehr weit zu sein. Das effektive Mittel gegen ein stärkeres Aufkommen solcher Forderungen sind ambitionierte Antworten der bestehenden institutionellen Ordnung auf die ökologischen Bedrohungslagen.

Ähnliches lässt sich bezüglich der Wachstums- und Kapitalismuskritik prognostizieren. Diese Kritiken werden umso schärfer ausfallen und breiter

geteilt werden, je weniger es im Rahmen einer Strategie des grünen Wachstums bzw. des ökologischen Kapitalismus gelingt, den gesteckten Nachhaltigkeitszielen gerecht zu werden. Das ist v.a. auch im Hinblick auf das politische Denken der jungen Protestbewegungen, allen voran „Fridays for Future“, von großer Relevanz. Je schlechter die öko- bzw. klimapolitische Performanz, desto radikaler und potenziell systemkritischer wird dieses ausfallen. Gänzlich verschwinden werden die Kontroversen um Kapitalismus und Wachstum freilich (und ganz im Sinne eines pluralen Aushandlungsprozesses) nicht. Zu stark werden sie, wie oben beschrieben, durch normative Hintergrundannahmen wie beispielsweise unterschiedliche Ideen des guten Lebens oder divergente Freiheits- und Gerechtigkeitsperspektiven überlagert und präformiert.

Abschließend soll noch ein kurzer Blick auf die Realität der Nachhaltigkeitspolitik geworfen werden. Das ökologische politische Denken will die politische Praxis informieren und orientieren. Inwiefern aber deckt sich die reale Entwicklung der Nachhaltigkeitspolitik mit den Forderungen dieser Denkströmung? Für beide untersuchten Zeitphasen lässt sich konstatieren, dass die realpolitische Entwicklung selbst hinter den Minimalforderungen, hier verstanden als die jeweils moderatesten bzw. am nächsten am Status quo liegenden Positionen, deutlich zurückbleibt. Für die erste Zeitphase gilt dies für Epplers vergleichsweise zurückhaltende Forderung nach einer selektiven staatlichen Wachstums- und Schrumpfungspolitik bei gleichzeitigen Maßnahmen für zunehmende Wachstumsunabhängigkeit. Für die zweite Zeitphase lässt sich dies am Beispiel der Denker des grünen Wachstums verdeutlichen, bei denen sich weitreichende Schnittmengen zu Eppler finden. Deren untersuchte Werke stammen alle aus der Zeit zwischen 2008 und 2013, seither sind also einige Jahre vergangen. Eingefordert wurde damals u.a. die Beendigung umweltschädlicher Subventionen, eine ambitionierte, langfristig angelegte und sozialpolitisch begleitete ökologische Steuerreform, die weit über die Bepreisung von CO₂ hinausgeht, ordnungsrechtliche Vorgaben insbesondere zu Energieeffizienz und Kreislauffähigkeit von Produkten, der Abbau von Wachstumsabhängigkeiten, die Abkehr von undifferenziertem quantitativem Wachstumsstreben, eine stärkere verfassungsrechtliche Selbstbindung des Staates mit Blick auf Nachhaltigkeitsziele, die Stärkung von staatlichen Nachhaltigkeitsakteuren, die Bekämpfung von Lobbyismus sowie auf globaler Ebene der Aufbau von Treuhandinstitutionen mit Sanktionsgewalt für die globalen Gemeingüter (vgl. Kap. 12).

In manchen dieser Bereiche sind seither erste Schritte zu verzeichnen, ohne dass das erforderliche Ambitionsniveau bereits erreicht wird. Dies gilt z.B. für die CO₂-Bepreisung, eine nachhaltigkeitsorientierte Produktpolitik (z.B. Ökodesign-Richtlinie) oder die EU-Initiativen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft. Andere Felder wie eine breit angelegte ökologische Steuerreform, die schnelle Beendigung umweltschädlicher Subventionen oder die Schaffung von globalen Nachhaltigkeitsinstitutionen mit Sanktionsgewalt liegen weitgehend brach. Am weitesten entfernt von realpolitischen Erwägungen scheinen wachstumskritische Implikationen jeglicher Art, auch wenn sich diese, wie bei den Denkern des grünen Wachstums oder Eppler, auf den vorsorglichen Abbau von Wachstumsabhängigkeiten und die Abkehr von möglichst hohen quantitativen Wachstumszielen beschränken. Diese krasse Diskrepanz zwischen der Prominenz der Wachstumsfrage im ökologischen politischen Denken bzw. dem populärwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs einerseits und dem Diskurs der politischen Funktionseliten andererseits hat Steurer bereits 2002 eindrücklich herausgearbeitet. Auch zukünftig steht, trotz einer thematisch einschlägigen Enquete-Kommission („Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, 2011-2013) und einigen nachdenklichen Tönen von Spitzenpolitikern (siehe dazu z.B. Gersemann 2009) nicht zu erwarten, dass sich an diesem Bild etwas ändert. Zu zwingend erscheinen die vermeintlichen und tatsächlichen Wachstumsabhängigkeiten von sozialem Frieden über internationale Wettbewerbsfähigkeit bis zur Bearbeitung der Staatsschuldenlast. Absehbar scheint eine ambitionierte Strategie des grünen Wachstums das Maximum, auf das aus ökologischer Perspektive gehofft werden kann. Auch dafür, dies machen sowohl die Schriften von Eppler als auch die der zeitgenössischen Vordenker deutlich, ist ein deutlich höheres politisches Ambitionsniveau erforderlich.

Inwiefern ist es ein Problem, wenn die nachhaltigkeitspolitische Praxis hinter den Minimalforderungen des ökologischen politischen Denkens zurückbleibt? Dies hängt davon ab, inwiefern die Kriseneinschätzungen, auf denen die entsprechenden Forderungen basieren, zutreffend sind. Gerade für die erste Zeitphase wurde deutlich, dass diese nur teilweise zutreffend waren und einige der vermeintlich unmittelbaren und existenziellen Bedrohungslagen so nicht gegeben waren. Entsprechend war zum Beispiel unabhängig von den Schwächen dieser Alternativentwürfe an sich auch die sachliche Basis, auf der nach autoritären Notstandsregimen verlangt wurde, im Rückblick nicht stichhaltig. Folgt man aber dem in der Einführung zitierten, aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand, ist zu konstatieren, dass sich der Zustand der Ökosysteme und der natürlichen Lebensgrundla-

gen in den letzten fünfzig Jahren massiv verschlechtert hat und sich nun, so das UNEP, zu einem „planetarischen Notfall“ verdichtet (2021, 9). In Anbetracht dessen ist die Lücke zwischen den Minimalforderungen des ökologischen politischen Denkens und der politischen Praxis besorgniserregend. Inwiefern sich diese Lücke, z.B. durch das stärkere Sichtbarwerden der Folgen des Klimawandels oder die Regierungsbeteiligung der GRÜNEN zukünftig verkleinert, bleibt abzuwarten.

Der Archivar (vgl. Kap. 1) würde seinen Aufgabenbereich und seine notwendigerweise neutrale Perspektive verlassen, wenn er selbst Partei für eine spezifische öko-politische Position ergreifen würde. Diesbezüglich bleibt sich diese Arbeit auch im abschließenden Teil treu. Gibt es aber so etwas wie eine Synthese der widerstreitenden Positionen? In sehr vielen Fragen stehen sich diese unvereinbar gegenüber. Es lassen sich im Sinne eines kleinsten gemeinsamen Nenners jedoch einige unkontroverse Punkte aufführen:

1. Die Nachhaltigkeitstransformation setzt eine aktive Bürgerschaft und eine kritische Zivilgesellschaft voraus, die ein entsprechendes staatliches Handeln einfordern.
2. Ohne substanzielle Veränderungen, insbesondere im Bereich der Ökonomie, werden die Nachhaltigkeitsziele nicht zu erreichen sein. Die ambitionierte ökologische Rahmung der Marktwirtschaft ist das Minimalerfordernis.
3. Die Nachhaltigkeitstransformation erfordert eine stärkere Rolle des Staates gegenüber den Märkten.
4. Die ökologische Leistungsfähigkeit des Staates und der internationalen Staatengemeinschaft sollte institutionell gestärkt werden.
5. Der Abschied von einem undifferenzierten Zielfokus auf möglichst hohes quantitatives Wirtschaftswachstum ist Voraussetzung für eine den ökologischen Nachhaltigkeitszielen angemessene Politik. Deshalb gilt es strukturelle Wachstumsabhängigkeiten abzubauen.
6. Soziale Gerechtigkeit bzw. eine gewissenhafte sozialpolitische Rahmung ist Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz ambitionierter Nachhaltigkeitspolitiken.
7. Die ungleiche Verteilung von Lobbymacht stellt ein wichtiges Hindernis für ambitionierte Nachhaltigkeitspolitiken dar.

Zum Abschluss ist auf das der Untersuchung vorangestellte Zitat von Carl Amery zurückzukommen. Dieser schrieb bereits 1972, dass sich „erst im Licht der vollen gesellschaftlichen, politischen, ethischen Verantwortung für den Planeten das Selbstverständnis einer erwachsenen Menschheit bilden kann“ (1972, 250). Es gelte Platons Höhle zu verlassen, hinauszutreten ins Licht des faktischen Tages und die Erde als unsere einzige Heimat zu erkennen (ebd.). Wenn die untersuchten ökologisch-politischen Denker etwas eint, dann, dass sie diesen Schritt aus der Höhle gehen, die ökologische Herausforderung bei vollem Tageslicht besehen und sich dieser offensiv annehmen. Entscheidend wird sein, inwiefern wir uns auch gesamtgesellschaftlich sowie als politisches Kollektivsubjekt Menschheit auf dem Weg aus der Höhle befinden. Im optimistischen Szenario ist seit Amerys Forderung, in Anlehnung an den Philosophen und Historiker Kwame Anthony Appiah, eine „moralische Revolution“ im Gange, wie sie sich z.B. bereits mit Blick auf die Durchsetzung der Demokratie, das Ende der Sklaverei oder die Etablierung des Frauenwahlrechts ereignet haben. Neue Normen, im vorliegenden Fall die Norm der Nachhaltigkeit und somit der Verantwortlichkeit gegenüber Menschen in anderen Weltregionen, zukünftigen Generationen und unseren Mitgeschöpfen, werden in einem langsamen und dialektischen Prozess internalisiert. Sie leiten zunehmend unser Denken, Fühlen und Handeln und übersetzen sich im Zuge dessen in veränderte allgemeinverbindliche Regelwerke. Nach Vollzug der moralischen Revolution erscheint es gänzlich unverständlich, dass die alte, in diesem Falle die nicht-nachhaltige Praxis, jemals Bestand haben konnte (Appiah 2011 sowie dazu Schneidewind 2019, 26-31). Dieses optimistische Szenario gibt Mut zur Hoffnung, dass menschliche Gesellschaften und die Weltgemeinschaft zunehmend adäquate Antworten auf die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage finden. Im pessimistischen Szenario hingegen sitzen wir nach wie vor in Platons Höhle.

